

Berufsbildung *im Fokus*



**Wahlprüfsteine
2012
des BLVN**

**Berufsschultag
Hannover**

**IBAN
für Mitglieds-
beiträge**

Inhalt

Grußwort	3
Berufsschultag	
Workshops	4–10
Aus dem Landesvorstand	
Bericht	11
Mitgliederbeiträge per IBAN	12
Aus der Bildungspolitik	
Tagung der Lehrer für Agrarwirtschaft	13
Kommentar	
Wissenstransfer	20
Wir informieren	
Lehrersuche für Garten- und Landschaftsbau	22
Persönliches	
Wir gratulieren	23
Wir gedenken	23

Neujahrslied

Mit der Freude zieht der Schmerz
traulich durch die Zeiten.
Schwere Stürme, milde Weste,
bange Sorgen, frohe Feste
wandeln sich zu Zeiten.

War's nicht so im alten Jahr?
Wird's im neuen enden?
Sonne wallen auf und nieder,
Wolken gehn und kommen wieder
und kein Mensch wird's wenden.

Gebe denn, der über uns
wägt mit rechter Waage,
jedem Sinn für seine Freuden,
jedem Mut für seine Leiden
in die neuen Tage, jedem
auf dem Lebenspfad einen
Freund zur Seite, ein zufriedenes
Gemüte und zu stiller Herzensgüte
Hoffnung ins Geleite!

Johann Peter Hebel (1760 – 1826)

**Ein erfolgreiches, gesundes Jahr 2013
wünschen allen Mitgliedern und Freunden
des BLVN das Redaktionsteam
und der Landesvorstand**

Impressum

NEUE ANSCHRIFT

Schriftleitung: Ingrid Rüber, Kantstr. 4, 38112 Braunschweig;
ingrid.rueber@t-online.de

Redaktionsteam: Gabriele Matzke-Ludwig, Anne Steinfeld-Müller,
Ingrid Rüber, Jürgen Korte, Gerd Over

Autorinnen/Autoren dieses Heftes: Heinz Ameskamp, Gabriele
Matzke-Ludwig, Jürgen Korte, Hendrik Nortmann, Thorsten Spalke,
Linda Spang, Norbert Boese, Gaby Droste-Kühling, Bernd
Wübbenhorst, Dr. Gerhard Over, Ilona Pollack, Detlev Tönnies

Herausgeber: Heinz Ameskamp, Vorsitzender des BLVN

Geschäftsstelle: **Ellernstraße 38, 30175 Hannover**
Telefon (0511) 32 40 73, www.blv-nds.de

Verlag: dbb-Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin,
www.dbbverlag.de

Anzeigen: Gabriele Matzke-Ludwig, 31199 Diekholzen

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,
Marktweg 42–50, 47608 Geldern

ISSN-Nummer: 2190-7064

Redaktionsschluss: 28. Februar 2013

Regionale Kompetenzzentren optimiert

Maßnahmenvorschläge der AG zur Optimierung der Bereiche „Budgetierung“ und „Steuerung“ angenommen



Heinz Ameskamp

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des BLVN,

die vom Kultusminister Dr. Bernd Althusmann eingesetzte Arbeitsgruppe (AG) „Überprüfung und Weiterentwicklung des Budgetierungs- und Steuerungskonzeptes für berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren (ReKo)“ hat unter der Leitung von MR Peter Bräth viele erforderliche und praxismgerechte Vorschläge zur Optimierung bisher nur unruhig laufender ProReKo-Umsetzungen erarbeitet und dem Kultusminister vorgelegt. Der Niedersächsische Kultusminister Dr. Bernd Althusmann hat die Vorschläge der AG angenommen und damit wichtige Voraussetzungen genehmigt, die eine Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen zu regionalen Kompetenzzentren stärken und eine berufliche Bildung in der Region fördern. Seit Beginn der ReKo-Übertragung vom BLVN geforderte Nachbesserungen wurden weitestgehend umgesetzt und dürften damit nachhaltig dem berufsbildenden Schulwesen in seinem Entwicklungsprozess dienen.

Veränderungsnotwendigkeiten waren nach Auffassung der AG in den Bereichen der Funktionsstellenbesetzung ebenso notwendig wie in der Auskömmlichkeit des Budgets, des Budgetausgleiches, der Stellenumwandlungen, der Versetzungen und der Unterrichtsversorgung. Grundsätzlich wird das Modell der Budgetierung von der AG insgesamt als ein Bewirtschaftungssystem angesehen, das geeignet ist, die Ziele einer berufsbildenden Schule als Regionales Kompetenzzentrum zu erreichen. Wir werden Sie über alle auf den Weg gebrachten Veränderungen in unseren Verbandsmedien ausführlich informieren.

Grundsätzlich weist die AG daraufhin, dass eine staatliche Schulaufsicht, wenn auch in geänderter Form, unter Berücksichtigung des Zieles „Eigenverantwortlichkeit der Schule“ nicht entbehrlich sein wird. Schulen sind auch als eigenverantwortliche Schule nicht autonom und verbleiben in staatlicher Verantwortung. Dieses wird im Abschlussbericht der AG ausführlich dargelegt, begründet und auch von unserem Verband mitgetragen.

Besonders erfreulich ist die seit Langem geforderte Neuregelung bei der Besetzung der Funktionsstellen A 10 bis A 15, die bereits per Erlass an die Schulen gegangen ist. Noch nie zuvor hat es so viele voll ausfinanzierte Beförderungsstellen im System der berufsbildenden Schulen gegeben wie nach der neuen Regelung. Mit kritischen und konstruktiven Beiträgen ist es dem BLVN im Rahmen der AG, aber auch in Einzelgesprächen gelungen, diese für unsere Kolleginnen und Kollegen positive Entwicklung zu erreichen, da sie auch die Personalentwicklung an den Schulen positiv beeinflussen dürfte.

Mit den getroffenen Entscheidungen sind innovative Entwicklungsmöglichkeiten für die ReKo auf den Weg gebracht worden,

die die berufliche Bildung in Niedersachsen auch mit Blick auf die Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes Niedersachsen, festigen und weiterentwickeln werden. Sehr wohl ist uns aber auch bewusst, dass noch einige differenzierte Nachsteuerungen in den nächsten Monaten oder auch Jahren erforderlich sein werden. Auch hier wird sich der BLVN kritisch und konstruktiv einbringen im Sinne unserer Mitglieder und unseres berufsbildenden Schulwesens oder weiter gefasst der beruflichen Bildung. Der Übergangsprozess ist aber aus unserer Sicht bis dato erfolgreich verbessert auf den Weg gebracht worden.

Abschließend gelöst ist allerdings noch nicht die Frage der EDV-Administration an den berufsbildenden Schulen. In dieser Angelegenheit zeichnet sich jedoch ein Silberstreif für eine Lösung am Horizont ab – wir werden mit unseren Forderungen nicht nachlassen!

Erfreulicherweise ist ein anderes Ärgernis unseres Berufsalltages, die Nutzung der digitalen Medien im Unterricht, gelöst worden. Der sogenannte „Schultrojaner“ ist vom Tisch und die Speicherung digitaler Medien erlaubt – eine schon lange erhobene Forderung des BLVN. Die neue Vereinbarung zwischen den Ländern, den Schulbuchverlagen und den Verwertungsgesellschaften, die bereits ab dem 1. Januar 2013 gelten soll, erlaubt analoges und digitales Kopieren sowie Speichern für den Unterrichtsgebrauch im begrenzten Umfang. Über Einzelheiten dazu haben wir Sie bereits ausführlich informiert.

Der derzeit aktuelle Versuch, eine Verlegung des Anmeldetermins für alle Schulformen in der beruflichen Bildung zu erreichen, führt zu Einschränkungen und Verunsicherungen bei Bewerbern sowie deren Eltern. Dazu kommen zeitliche Engpässe bei der Planung des neuen Schuljahres, die nicht hinnehmbar sind. Der BLVN unterstützt generell die duale Ausbildung, nicht aber die, vor allem seitens des Handwerks, geforderte Verlegung des Anmeldetermins. Gemeinsam mit den dualen Ausbildungspartnern gilt es Lösungen zu erarbeiten, die von allen Beteiligten getragen werden können.

Liebe Leserinnen und Leser, ein sehr arbeitsreiches Jahr geht zu Ende. Es war ein Jahr, in dem sehr deutlich wurde, dass man nur mit einer gemeinsam getragenen Position wie zum Beispiel dem Fortbildungskonzept auch Gehör findet. Ich bedanke mich in diesem Sinne bei allen, die sich im Jahr 2012 mit Engagement und Verantwortungsbewusstsein für die zukunftsfähige Gestaltung der beruflichen Bildung und unseres Verbandes, dem BLV Niedersachsen e. V., eingesetzt haben und wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest gehabt zu haben, erholsame Weihnachtsferien und für das neue Jahr 2013 viel Glück und Freude verbunden mit Erfolg und Zufriedenheit sowie vor allem guter Gesundheit.

In diesem Sinne grüßt Sie ganz herzlich,

*Heinz Ameskamp,
BLVN-Landesvorsitzender*

Berufsschultag 2012 in Hannover

Am Mittwoch, 17. Oktober 2012, fand in den Multi-Media Berufsbildenden Schulen, Expo Plaza in Hannover ein gemeinsamer Berufsschultag von BLVN und VLWN statt. Es nahmen insgesamt circa 200 Kolleginnen und Kollegen an dieser Veranstaltung teil.

Der niedersächsische Kultusminister Dr. Bernd Althusmann hielt ein Referat zum Thema des Berufsschultages „Aktuelle Entwicklungen im berufsbildenden Schulwesen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels an den Schulen“. Als Kernaussage formulierte er darin als Ziel der Landesregierung die Sicherung einer wohnort- und betriebsnahen Beschulung der Auszubildenden im dualen System!

Im Einzelnen sagte der Minister: „Der Schülerrückgang in Niedersachsen wird sich immer stärker auch auf die berufsbildenden Schulen auswirken. Auch wenn wir davon ausgehen, dass die regionale Entwicklung höchst unterschiedlich ausfällt: Wir werden eine flächendeckende Ausbildungsinfrastruktur erhalten, die den Bedürfnissen vor Ort entspricht. Das gilt für berufsbildende Schulen in Großstädten ebenso wie in ländlichen Regionen. Unsere berufsbildenden Schulen sind als zuverlässige starke Partner der regionalen Wirtschaft zukunftsgerichtet aufgestellt und eng mit den allgemein bildenden Schulen verzahnt. Gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern haben wir ein flächendeckendes Netz moderner Bildungseinrichtungen geschaffen, an denen eine Vielzahl von Qualifikationen ermöglicht werden.“

Der Minister erklärte, dass die Sicherung eines wohnort- und betriebsnahen Angebots von Teilzeit-Berufsschulen im Mittelpunkt der künftigen Entwicklung des berufsbildenden Schulwesens stehe. „Im Einklang mit den niedersächsischen Unternehmen, Kammern und Verbänden ist und bleibt es unser Ziel, Jugendlichen möglichst eine duale Ausbildung zu ermöglichen. Die vollschulischen Angebote, die wir in den letzten Jahren modernisiert haben, sind als Ergänzung dazu zu sehen. Reine ‚Warteschleifen‘ gibt es bei uns nicht!“, sagte Althusmann. Alle Vollzeitangebote

dienen dem Erreichen oder der Vorbereitung eines qualifizierenden Abschlusses.

Dr. Bernd Althusmann kündigte an, in diesem Zusammenhang sorgfältig und in enger Abstimmung mit allen Beteiligten zu prüfen, ob der Anmeldetermin für berufliche Vollzeitschulangebote in den Juni verschoben werden könnte. Ziel dieser Verlegung wäre es, – wie auch in einem vom Landtag beschlossenen Entschließungsantrag formuliert –, den Bewerbungszeitraum für eine betriebliche Ausbildung zu verlängern und damit mehr Jugendlichen den Einstieg in die betriebliche Ausbildung zu ermöglichen. „Hierzu werden wir einen runden Tisch einrichten, der sich noch in diesem Jahr zum ersten Mal trifft. Kammern, Verbände und Unternehmensvertreter sind ebenso wie Vertreterinnen und Vertreter der berufsbildenden Schulen herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.“



Kultusminister Dr. Bernd Althusmann referiert zum Thema: „Aktuelle Entwicklungen im berufsbildenden Schulwesen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels an den Schulen.“



Anwesend waren auch die bildungspolitischen Vertreter aller Parteien im Niedersächsischen Landtag.



Teilnehmer der Podiumsdiskussion v. l. n. r.: Christa Reichwald – Die Linke, Dr. Karl-Ludwig von Danwitz – CDU, Frauke Heiligenstadt – SPD, Moderatorin Saskia Döhner, Ina Korter – Bündnis 90/Die Grünen, Björn Försterling – FDP und Heinz Ameskamp, Landesvorsitzender BLVN.

Dr. Althusmann stellte einige Veränderungen vor, mit denen die 134 öffentlichen berufsbildenden Schulen auf den Schülerrückgang vorbereitet werden. „Wir verbessern die Unterrichtsversorgung gerade für kleine Bildungsgänge in der Berufsschule mit einem Stufenkonzept. Wenn es nur wenige Schülerinnen und Schüler gibt, die an einem Standort gemeinsam eine Berufsschulklasse besuchen, weisen wir der Schule künftig mehr Lehrerstunden zu.“ In der ersten Stufe sollen ab dem Schuljahr 2013/14 ab sieben Schülerinnen und Schülern 80 Prozent des vollen Sollstundenwerts zugewiesen werden (bisher 62,5 Prozent), in einer zweiten Stufe könnte der Schwellenwert auf sechs Schülerinnen und Schüler abgesenkt werden, die dann 80 Prozent des vollen Sollstundenwerts bekommen.

Der Minister präsentierte außerdem bereits das erste Ergebnis der erst vor zwei Monaten eingesetzten Arbeitsgruppe „Überprüfung und Weiterentwicklung des Budgetierungs- und Steuerungskonzepts für berufsbildende Schulen als Regionale Kompetenzzentren (ReKo)“: „Wir erleichtern den berufsbildenden Schulen die Besetzung von Funktionsstellen. Alle Funktionsstellen werden den Schulen mit voller Stelle und vollem Budget zugewiesen. Damit verteilen wir die vorhandenen Stellen bedarfsgerecht auf die Schulen und sorgen dafür, dass die bislang zum Teil zögerlichen Einstellungen in diesem Bereich nun zügig nachgeholt werden können“, sagte Althusmann.

Zu den Funktionsstellen, die nach A 10, A 14 beziehungsweise A 15 besoldet werden, zählen beispielsweise Stellen zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben. Die Stellen werden nach Budget-Soll-Stunden verteilt. Für jede zugewiesene Stelle wird eine Schule zusätzlich sieben Anrechnungstunden erhalten. Die Ausschreibung der Stellen hat bereits begonnen. Dr. Bernd Althusmann kündigte an, dass der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe in wenigen Wochen vorliegen werde.

Der BLVN begrüßt die Aussagen des Ministers; insbesondere das Ziel der Sicherung einer wohnort- und betriebsnahen Beschulung der Auszubildenden im dualen System war und ist eine Kernforderung unseres Verbandes.



Jürgen Brehmeier, Landesvorsitzender VLWN

Am Nachmittag wurden in sechs Workshops folgende Themen behandelt:

- › Demografischer Wandel/Europäisierung der beruflichen Bildung.
- › Gestaltung von Lernsituationen/Didaktische Jahresplanung.
- › Burnout bei Lehrkräften.
- › Europäisches Wirtschaftsabitur.
- › Standortnahe Beschulung in der beruflichen Bildung.
- › Generalistische Pflegeausbildung an den berufsbildenden Schulen.

Zum Ende des sehr informativen und vielseitigen Berufsschultages äußerte sich der BLVN-Landesvorsitzende Heinz Ameskamp zufrieden über den Ablauf und die Vielfalt der Informationen.

Gabriele Matzke-Ludwig

Workshop 1:

Demografischer Wandel/ Europäisierung der beruflichen Bildung

Referent: Gerd Lange, Kultusministerium

1. Demografischer Wandel

Regional differenter demografischer Wandel:

Problemgebiete sind zum Beispiel Harz, Lüchow-Dannenberg, Wilhelmshaven und grundsätzlich der Bereich südlich von Hildesheim mit einem Schülerrückgang ab 2020 von > 40 Prozent.

Berufswahl: Die negative Attraktivität bestimmter Berufe (Gastronomie, Bäcker, Fleischer) erhöhen zusätzlich das Problem geringerer werdender Schülerzahlen.

Lösungsansätze für Niedersachsen:

- > Möglichst Erhaltung wohnortnaher Beschulung.
- > Eigenverantwortlichkeit der BBSn stärken.
- > Landesweite „Zuweisungen“ der Schülergruppen wie in Sachsen-Anhalt wird es in Niedersachsen nicht geben und ist aufgrund des § 106 des NSchG nicht möglich: Die Schulträger sind demnach für die Einrichtung und Abschaffung von Bildungsgängen zuständig.
- > Das „Hamburger Modell“ ist ebenfalls nicht auf Niedersachsen übertragbar aufgrund des NSchG aus Gründen der Schulpflichterfüllung.
- > Die Berufsbilder breiter zu beschulen steht im Gegensatz zu den Sozialpartnerinteressen, die Berufsbilder bestimmen und durchsetzen.

Fazit: Im Hinblick auf den regional differenteren Wandel sind somit regionale Lösungen zu entwickeln.

2. Europäisierung der beruflichen Bildung

Der EQR wurde von der EU 2008 verabschiedet: Einteilung der Ausbildung in acht Niveaustufen. Einordnung erfolgt nicht nach

Abschlüssen sondern nach „outcome-Orientierung“, die sich nach den erworbenen Kompetenzen richtet.

Niveaustufenaussage auf Zeugnissen sind erst möglich, wenn der DQR abgesichert ist; was zurzeit nicht der Fall ist, da die Diskussion darüber noch nicht abgeschlossen ist.

Der Kompetenzbegriff wird in Deutschland vs. der anderen EU-Länder unterschiedlich gebraucht.

Eine Besonderheit der DQR zu EQR ist zum Beispiel der Förderabschluß, dem die Niveaustufe 1 vorgeschrieben wurde, was die restlichen Schulabschlüsse um eine Stufe abwertet.

Niveaustufen: 6 Bachelor, 7 Master, 8 Promotion.

Die Einordnung der qualifizierten dualen Ausbildung ist sehr problematisch. Das Handwerk besteht auf Stufe 3 und 4 unterschieden nach 2-, 3-, 3,5-jähriger Ausbildung.

Ausbildung in Fachschulen Stufe 6 steht in Diskussion mit der Meisterausbildung. Ab November wird in Brüssel über die deutschen Vorschläge ein Bericht erstellt. Problem wird unter anderem die Nichteinordnung der allgemeinen Bildung sein. Wenn Zustimmung erfolgt, wird es eine Bund-Länder-Vereinbarung zur Anwendung dieses Rahmens geben. Gleiches gilt für die Kammern.

Für unsere Schulen bedeutet es unter anderem, dass wir es nicht schaffen, wie vorgeschrieben, ab 1. August 2012 die Niveaustufen auf den Zeugnissen zu dokumentieren.

Jürgen Korte (BLVN)

Hendrik Nortmann (VLWN)



Ministerialdirigent Gerhard Lange, Niedersächsisches Kultusministerium

Workshop 2:

Gestaltung von Lernsituationen/ Didaktische Jahresplanung

In diesem Workshop haben Frauke Asche, Fachleiterin, und Udo Prinz, Fachleiter am Studienseminar Hannover, für das berufsbildende Schulwesen einen Überblick über die Ziele und Möglichkeiten der Gestaltung von Lernsituationen und didaktischer Jahrespläne gegeben.

Die hohe Teilnehmerzahl von 37 zeigt, dass diesen Themen nach wie vor eine hohe aktuelle Bedeutung zukommt. Neben der Festbeschreibung in den Ergänzenden Bestimmungen für das berufsbildende Schulwesen (EB-BbS) von 2011, dass für alle Bildungsgänge grundsätzlich kompetenzorientierte schulische Curricula anzulegen sind, hat vor allem der sogenannte EFQM-Ergänzungserlass (RdErl. d. MK vom 14. Oktober 2011) die Lehrplanarbeit an den Schulen wieder stärker in den Fokus gerückt. Dieser Erlass führt sieben Qualitätsbereiche schulischer Prozesse auf und stellt den Qualitätsbereich „Bildungsangebote gestalten“ in den Mittelpunkt der Bemühungen.

Zu den insgesamt 17 Kernaufgaben dieses Qualitätsbereichs gehören unter anderem die Aufgaben „Lehrpläne erstellen“, „Materialien und Medien bereitstellen“, „Unterricht durchführen und evaluieren“ und „individuelle Kompetenzen ermitteln“. Der EFQM-Ergänzungserlass legt fest, dass diese Kernaufgaben bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 zu bearbeiten beziehungs-

weise zu implementieren sind. Vor diesem Hintergrund ist es zu erklären, dass in den Schulen derzeit viel konzeptionell gearbeitet wird und auch viele Fortbildungen zu den Themen Gestaltung von Lernsituationen und didaktischer Jahrespläne stattfinden. Die hohe Teilnehmerzahl an dem Workshop spiegelt diese Aktualität wider.

Nach einem kurzen Impulsreferat zu den veränderten Rahmenbedingungen für die Lehrplanarbeit an den Schulen hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops die Möglichkeit, eine Lernsituation und einen didaktischen Jahresplan exemplarisch in Zweierteams überblickartig zu erarbeiten. Nach der Präsentation eines Ergebnisses wurden Gestaltungskriterien für Lernsituationen reflektiert. Den Abschluss bildete ein kritischer Austausch zum Stand der Umsetzung lernfeld-orientierten Unterrichts, von der Veröffentlichung der KMK-Handreichungen aus dem Jahre 1996 bis heute.

Besonderer Dank gebührt den Referenten, die bei der hohen Teilnehmerzahl flexibel agiert haben und damit allen an dem Workshop Interessierten die Möglichkeit gaben, hieran teilzunehmen.

*Thorsten Spalke
(Beirat für die 2. Phase der Lehrerbildung)*

Workshop 3:

Burnout

Teilbereich 1: Gesundheitsprobleme, die aus dem Arbeitsprozess entstehen

Der erste Teil des Workshops wurde durch Frau Kornelia Konzelt-Rietbrock gestaltet, die uns in einem kurzen Vortrag die Burnout-Problematik erläuterte.

Burnout ist häufig in den sogenannte „helfenden Berufen“ zu finden, das liegt an den hohen äußeren Anforderungen in diesen Berufen sowie einer ständigen Leistungsbereitschaft des Einzelnen und der Problematik des nicht „nein“ sagen können. Die Krankheit tritt nicht plötzlich auf, sondern es gibt vorab eindeutige Warnsignale, die zum einen von der betreffenden Person herrühren oder sich aus der Situation ergeben. Diese führen dann zu reduziertem Engagement, es kommt zu Schuldzuweisungen als emotionale Reaktion und geht über in eine Verflachung der eigenen Aktionen. Diese beschriebene Kettenreaktion endet in der Diagnose Burnout.

Auswege sind die individuelle Prävention, das heißt sich selbst Zeit und Raum nehmen um auszuruhen und eine sinnvolle Distanz zum Beruf finden. Ebenfalls kann die Prävention am Arbeitsplatz, sprich im Team, erfolgen, in dem zum Beispiel realistische Arbeitspläne geschrieben werden.





Frau Kornelia Konzel-Rietbrock,
Landesschulbehörde

- > technisch und materiell gut ausgestattet,
- > organisatorisch transparent, mit gutem Informationsaustausch und optionaler Zeitplanung,
- > psychosozial ein super Umfeld.

Diese Forderungen gelten auch für die Arbeitsplätze in der Schule, hier hat die Schulleitung die Gesamtverantwortung für die Einhaltung der Bestimmungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. In der Schule ist ein Arbeitsschutzausschuss (ASA) zu installieren, der die einzelnen Gefahren beurteilt und nach Lösungen sucht.

Teilbereich 2: Arbeits- und Gesundheitsschutz, Maßnahmen zur Verhinderung eines Burnouts

Im zweiten Teil des Workshops hat Frau Petra Smitmans den Arbeits- und Gesundheitsschutz vorgestellt, der helfen soll, eine Burnout-Problematik zu verhindern.

Eine bekannte Formel aus diesem Bereich lautet „Der Arbeitsplatz soll TOP sein“:

Fazit:

Die Teilnehmer des Workshops waren alle sehr interessiert an der Thematik und sind somit aufmerksam den Fachvorträgen gefolgt. Eine anschließende Diskussion hat vertieft Fragen der Teilnehmer beantworten können. Für weitergehende Informationen haben die Referentinnen Infomaterial zur Verfügung gestellt.

Linda Spang

Workshop 4:

Europäisches Wirtschaftsabitur

Im Rahmen des Workshops 4 zum Europäischen Wirtschaftsabitur stellte Herr StD Martin Heyd als stellvertretender Schulleiter des Rudolf-Rempel-Berufskollegs Bielefeld eine innovative Idee zur Weiterentwicklung des Beruflichen Gymnasiums Wirtschaft vor.

Herr Heyd erläuterte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops in einem ausführlichen Referat den Ansatz des Euro-

pean Business Baccalaureate Diploma (EBBD), welches in Form eines Comenius-Projekts von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt wird. Zahlreiche internationale Partner haben sich mithilfe des Rudolf-Rempel-Berufskollegs als Projektkoordinator zusammengeschlossen und das EBBD gemeinsam entwickelt. In der Grundidee wird mit dem EBBD ein Exzellenz-Label kreiert, das zusätzlich zur Allgemeinen Hochschulreife besondere Kompetenzen in den Bereichen Wirtschaft, Sprachen, Europa und Mobilität zertifiziert.

Dementsprechend wurde ein Curriculum erstellt, das die folgenden Lernbereiche enthält: Wirtschaftliche Kompetenz, Kompetenz in internationalen ökonomischen Handlungsfeldern, Europakompetenz – CFEC, Fremdsprachenkompetenz in mehreren Sprachen und Soft Skills. Neben den Qualifikationen aus den einzelnen Lernbereichen sieht das EBBD-Curriculum noch folgende technische Anforderungen vor: Kompetenz zur Bearbeitung wirtschaftlicher Fragen in einer Fremdsprache – CLIL, Anwendung beruflicher Kompetenz in einem Auslandspraktikum, Problemlösungskompetenz im Rahmen wirtschaftlicher Projekte und Simulationen sowie die Allgemeine Hochschulzugangsberechtigung. Das EBBD-Curriculum orientiert sich am Learning Outcome. Somit verfügt jede EBBD-Absolventin beziehungsweise jeder EBBD-Absolvent über die erforderlichen Kompetenzen in den drei Handlungsfeldern „Studieren in Europa“, „Arbeiten in Europa“ und „Leben in Europa“.

Seitens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer weckte Herr StD Martin Heyd ein großes Interesse für das Europäische Wirtschaftsabitur, welches einen Beitrag der beruflichen Bildung zur Globalisierung darstellen könnte.

Unter der Internetadresse www.eurobacdiploma.eu können weitere Informationen zum EBBD abgerufen werden.



Workshop 5:

Standortnahe Beschulung in der beruflichen Bildung

Leitung: Norbert Boese, BLVN; Dr. Gerd Over, BLVN

Referent:

Heiko Henke,
stellvertretender Hauptgeschäftsführer
der Handwerkskammer Oldenburg

Trotz der sinkenden Ausbildungszahlen ist beim Handwerk nach wie vor eine hohe Ausbildungsbereitschaft vorhanden, die in den letzten Jahren noch zugenommen hat und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels weiter zunehmen wird.

Für das Handwerk ist die geringe Zahl der Gymnasiasten, die in eine duale Ausbildung im Handwerk einsteigen, enttäuschend. Die Zahl liegt bei circa 2,5 Prozent der gymnasialen Abgänger.

Eine wohnortnahe Beschulung ist sehr häufig die Entscheidungsgrundlage für die Berufswahl, nicht zuletzt auch aus Kostengründen. Der Begriff der Ortsnähe ist dabei nicht allgemeingültig zu definieren, er ist abhängig von der jeweiligen guten und kostengünstigen Erreichbarkeit des Ausbildungsbetriebes. Sehr wohl sind aber nach wie vor auch Modeberufe über Bedarf begehrt beziehungsweise auch Berufe die zurzeit stark in den Medien vertreten sind oder anderweitig populär sind.

Der Rückgang der Ausbildungszahlen ist für viele Handwerksbetriebe existenzbedrohend, da in der Folge die Fachkräfte fehlen. Dies verstärkt die ohnehin schon große Gefahr von Betriebs-schließungen wegen fehlender Nachfolger.

Was machen die Innungen dagegen? Sie versuchen in den Betrieben verlässliche Strukturen zu schaffen, machen intensive Berufswerbung und Imagekampagnen, organisieren Berufsfindungsmessen, Tage des Handwerks und zeichnen vorbildliche Ausbildungsbetriebe aus. Daneben statten sie ihre Berufsbildungszentren mit modernem Equipment aus, um den Handwerksauszubildenden eine aktuelle, berufsorientierte und qualifizierte überbetriebliche Ausbildung bieten zu können.

Absprachen zwischen den Schulstandorten wegen einer möglichen Zentralisierung der Beschulung von Berufen sind in der Regel problematisch, da dadurch Ärger mit den Betrieben, aber auch zwischen den Schulen und mit den Lehrkräften zu erwarten ist. Erst ein längerer Gewöhnungsprozess dieser Form der Ausbildung wird zu einer Akzeptanz im Rahmen eines ausgewogenen Vorgehens führen. Der Blockunterricht hat dabei durchaus Vor-

teile, wird aber im Handwerk aus betrieblichen Gründen eher als nachteilig angesehen und daher nicht favorisiert.

Unterschiedliche Klassengrößen aufgrund unterschiedlicher Schülerzahlen in den Berufen schaffen leicht Zündstoff an den Schulen, daher ist bei schwach besetzten Berufen gegebenenfalls die Lösung in jahrgangsübergreifenden Klassen zu sehen, für die das MK aber budgetgünstige Rahmenbedingungen schaffen und die Möglichkeit zur Binnendifferenzierung verbessern muss.

Unglücklich sind in diesem Zusammenhang die große Anzahl der Berufe und ihre vielen Fachrichtungen. Hier sollte unbedingt auf Bundesebene bei anstehenden Neuordnungen auf eine starke Straffung geachtet werden.

Forderungen aus dem zuvor Genannten an die Politik:

- > Standortnahe Möglichkeit des Berufsschulbesuches in allen Regionen Niedersachsen, auch in den Randlagen.
- > Möglichkeit der Beschulung fachspezifischer Berufsausbildung vor Ort, auch in strukturschwachen Regionen.
- > Verbesserung des Schüler-Sollstundenbudgets in Abhängigkeit von der Situation an den Berufsbildenden Schulen.
- > Einbeziehung der Anforderungen der regionalen Wirtschaft.
- > Zukünftige Neuordnungen der Berufe auf Bundesebene sollten diese Problematik berücksichtigen.
- > Dabei zukünftig mehr Zusammenfassungen in den elementaren Bereichen der Berufe mit breiter fachlicher Grundbildung und erst späterer Spezialisierung, gegebenenfalls erst in der Weiterbildung oder in aufbauenden Modulen.
- > Unterstützung der Lehrkräfte im binnendifferenzierten Unterricht.
- > Unterstützung bei der Bildung von gemischten Klassen aus Grundstufe und Fachstufen (früher U-M-O) durch zusätzliches Budget und Lehrerqualifizierung.

Jürgen Korte,
Landesvorstand



Heiko Henke, Stellvertretender
Hauptgeschäftsführer der
Handwerkskammer Oldenburg

Workshop 6:

Generalistische Pflegeausbildung an berufsbildenden Schulen

Hinweis: Unter generalistischer Pflegeausbildung ist die Zusammenführung der Ausbildungen im Bereich der Altenpflege der Gesundheits- und Krankenpflege und der Kindergesundheits- und Krankenpflege zu einem Ausbildungsberuf „Pflege“ (endgültige Bezeichnung steht noch nicht fest) zu verstehen.

Der demografische Wandel, darin sind sich die Prognosen einig, wird zu einem Fachkräftemangel führen. Die Vorhersagen sehen die Bereiche unterschiedlich stark betroffen, aber alle Untersuchungen erwarten einen Arbeitskräfteengpass in den Gesundheits- und Sozialberufen.

Besonders in diesen Bereichen gilt es also die Akzeptanz und die Ausbildung auf ein gutes Fundament zu stellen.

Da es sich hier um Berufe und Ausbildungen im mittleren Qualifikationssegment der beruflichen Bildung handelt, ist es für unsere Schulen von grundsätzlicher Bedeutung, wie die Bildungsgänge strukturiert sind und der rechtliche Rahmen gestaltet ist.

Lehrkräfte und Ausstattungen müssen vorhanden sein, kräftezehrende Auseinandersetzungen mit privaten Anbietern sollten nicht die Ausbildung der zukünftigen Pflegefachkräfte behindern.

Hier sind die Ministerien und die Politiker gefragt. Sie haben dafür zu sorgen, dass die letztlich gesellschaftliche Aufgabe humanitäre Bedingungen für die Lebensabschnitte, in denen Menschen Unterstützung bedürfen, gelingt.

Berufsbildende Schulen sind an dieser Stelle wichtige und verlässliche Garanten für die Erfüllung dieses Auftrages.

Wesentliche Eckpunkte der Ausführungen von Herrn Dr. Danz-glock:

- > Die Darstellung der generalistischen Pflegeausbildung im politischen Kontext mit den fachlichen Begründungen, der inhaltlichen Ausrichtung und den Rahmenbedingungen, zum Beispiel Ausbildungsvergütung (wer zahlt?), Ausbildungsvertrag
- > und Ausführungen zu wichtigen Punkten der schulischen Ausbildung: Dauer, Art der Schule (Berufsfachschule).

In der anschließenden angeregten Diskussion sind besonders folgende Aspekte thematisiert worden:

- > die anstehende EU-Vorgabe einer zwölfjährigen allgemeinen Schulbildung als Zugangsvoraussetzung zur Ausbildung im Bereich Pflege.

Deutschland geht bislang einen Sonderweg; es reichen ein zehnjähriger Schulbesuch und in der Regel der Realschulabschluss.

- > Die Qualifikation der Lehrkräfte vor dem Hintergrund der Sicherung der Qualität der Ausbildung in den Pflegeberufen als wichtiger zu beachtender Faktor.
- > Die Standortfrage, ob die Ausbildung zukünftig auch an den öffentlichen berufsbildenden Schulen angeboten wird.

Die Verortung der generalistischen Pflegeausbildung an unseren Schulen kann nur gelingen, wenn rechtzeitig mit den privaten Anbietern Kooperationen, sowohl in der theoretischen wie der praktischen Ausbildung angebahnt werden.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Finanzierung der theoretischen Ausbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu betrachten.

Gaby Droste-Kühling

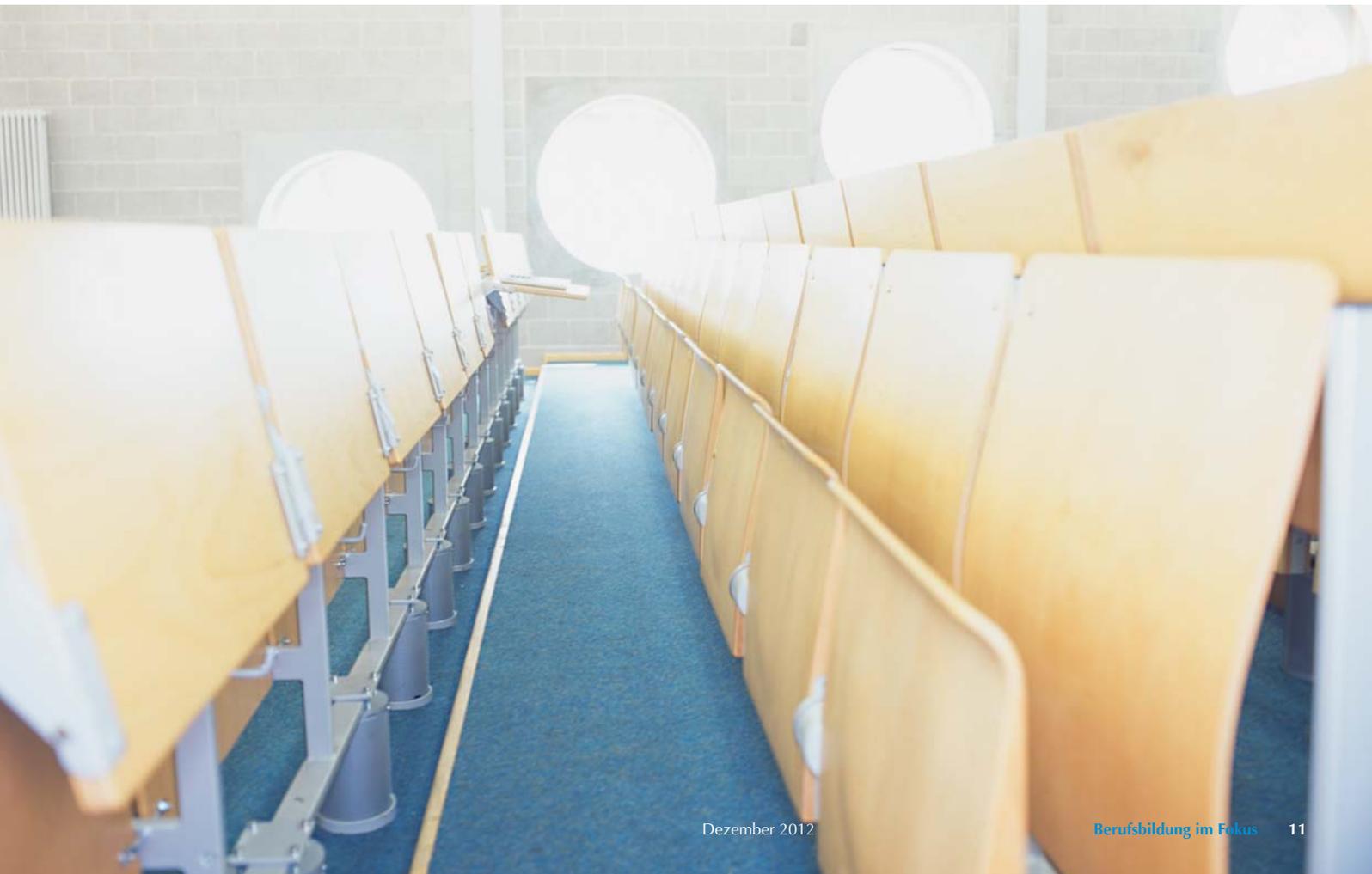


Ministerialrat Dr. Dag Danz-glock, Niedersächsisches Kultusministerium

Woran arbeitet der Landesvorstand unter anderem momentan?

Der BLVN-Landesvorstand möchte Sie an dieser Stelle regelmäßig über die Schwerpunkte seiner Arbeit unterrichten. Dadurch soll den Mitgliedern unseres Verbandes die Arbeit transparenter gemacht werden. Auskünfte zu den einzelnen Themen erteilt Ihnen gerne der Landesvorstand; sprechen Sie uns an!

- Die Umsetzung des am 12. November 2010 im Landtag verabschiedeten neuen NSchG in den berufsbildenden Schulen ab dem 1. Januar 2011 ist nach wie vor eines unserer zentralen Anliegen. Zum Gesetz konnte der BLVN – wie bereits mehrfach berichtet – an vielen Stellen entscheidenden Einfluss im Sinne unserer Vorstellungen zur beruflichen Bildung und im Sinne der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen nehmen. Der BLVN fordert weiterhin ein umfassendes Unterstützungs- und Beratungssystem für die Schulen. Für notwendige Versetzungen und Abordnungen ist die Einrichtung einer Clearingstelle bei der LSchB auf den Weg gebracht worden. Auch hier wirkt unser Verband in Kooperation mit dem VLWN ebenso mit wie in anderen Arbeitsausschüssen zur Lösung der noch vorhandenen Fragen.
- Ebenfalls fordern wir eine Lösung für die Finanzierung des Stellenplans der Schulen auf der Basis der tatsächlichen Personalkosten abweichend von den Landesdurchschnittswerten mittels zum Beispiel Auf- beziehungsweise Abschlägen. Die bisher angesetzten Landesdurchschnittswerte berücksichtigen nicht die tatsächlichen Kosten an den BBSen. Eine Lösung dazu wurde vom Kultusminister auf dem niedersächsischen Berufsschultag bereits angekündigt.
- Das nachhaltige Agieren der Verbände BLVN und VLWN bezüglich der Beförderungsstellen hat nun zu einem entscheidenden Erfolg unserer Verbandsförderung hinsichtlich der Beförderungsstellen geführt. Seit dem 11. Oktober 2012 ist der Erlass zur Verteilung der Stellen für Studiendirektoren zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben (A 15) und A 14-/A 10-Funktionsstellen an öffentlichen berufsbildenden Schulen an den Schulen. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Ausrichtung der Zahl der Funktionsstellen aller drei Ebenen an Intervalle der Budget-Sollstunden, die sich aus dem dreijährigen Mittelwert der Budget-Sollstunden an den Schulen ergeben (Stichtag: 15. November jedes Jahres), und zwar A 15 aus dem Gesamt-Sollstundenbudget, A 14 aus dem Theorie-Sollstunden-Budget und A 10 aus dem Fachpraxis-Sollstunden-Budget. Die Funktionsstellen sind als volle Stellen im Stellenplan ausgewiesen und als solche ausfinanziert, auch bei Teilzeitbelegung. Die Anzahl der Funktionsstellen ist im Landesbudget fest eingestellt, die auch unabhängig von der demografischen Entwicklung konstant bleiben sollen. Dazu werden die Intervalle der Budget-Sollstunden entsprechend angepasst.
- Der EFQM-Folgeerlass wird vom BLVN-Vorstand weiterhin unter die Lupe genommen und hinsichtlich der Umsetzung an den BBSen kritisch betrachtet.



- ➔ Der Tag der OV-Vorsitzenden beziehungsweise der OV-Vorstände ist am 24. September 2012 nachmittags mit guter Beteiligung in der BBS-ME in Hannover durchgeführt worden. Im Landesvorstand beziehungsweise im Hauptvorstand werden wir die Veranstaltung reflektieren im Hinblick auf weitere geplante Folgeveranstaltungen.
- ➔ Die Kooperationsgemeinschaft zwischen dem BLVN und VLWN bereitete in den letzten Monaten den landesweiten Berufsschultag 2012 vor und führte ihn am 17. Oktober 2012 in der Multi-Media-Schule auf dem Expo-Gelände in Hannover durch. Neben dem Kultusminister Dr. Althusmann und dem Abteilungsleiter für Berufliche Bildung im MK, MD Gerhard Lange, waren die bildungspolitischen Sprecher aller im Landtag vertretenen Parteien anwesend. Der Kultusminister hielt ein circa 40-minütiges Eingangsreferat zu den aktuellen Themen der beruflichen Bildung in Niedersachsen, an das sich eine intensive fachkompetente Podiumsdiskussion mit den Vertretern der Parteien anschloss. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Saskia Döhner von der HAZ. Am Nachmittag wurde in sechs Workshops zu aktuellen Themen der Berufsbildungspolitik heute und morgen vor dem Hintergrund des anstehenden demografischen Wandels unter Beteiligung von Fachreferenten aus Politik, Bildung und Wirtschaft diskutiert und die Ergebnisse wurden abschließend vorgestellt. Unser nächster Newsletter wird darüber ausführlich berichten.
- ➔ Die konstituierende Sitzung der BLVN-Grundsatzkommission fand am 1. Oktober 2012 statt. Zunächst wurden in AGs drei der erörterten Arbeitsschwerpunkte mit den Themen Schulpolitik, ReKo/Arbeitsbedingungen und Lehrerausbildung/Lehrerfortbildung bearbeitet. Auf der nächsten Sitzung am 29. November 2012 wurden erste Ergebnisvorschläge diskutiert. Wichtig war dabei die Einbindung der Mitglieder über die BVs und OV's.
- ➔ Der BLVN erstellt zurzeit ein Fortbildungsprogramm für das Jahr 2013. Ideen und Vorschläge dazu werden gerne entgegengenommen, auch Kursangebote der Mitglieder werden nach Absprache gerne aufgenommen. Im Rahmen von BLVN-Fortbildungen werden neben fachlichen und pädagogischen Themen auch Netzwerke beziehungsweise Arbeitsplattformen für BLVN-Funktionsträger auf verschiedenen Ebenen geschaffen zwecks gegenseitiger Unterstützung und Erfahrungsaustauschs.
- ➔ Die Unterrichtsversorgung und der Lehrernachwuchs an den berufsbildenden Schulen, insbesondere in den Mängelfächern,

sind für den BLVN nach wie vor ein wesentliches Thema. Eigene BLVN-Positionen werden dazu in Gesprächen mit dem MK, mit den Universitäten und den Studienseminaren regelmäßig vertreten. Die LBS-Studenten an den Hochschulen werden von unserem Verband wiederholt zu Gesprächen eingeladen und umfassend durch Vorstandsmitglieder informiert beziehungsweise mit Unterlagen versorgt.

Norbert Boese, BLVN-Landesvorstand



Landeseinzug der Mitgliedsbeiträge mit IBAN

Ab Februar 2014 sind Einzugsverfahren und damit auch der Einzug unserer Mitgliedsbeiträge nur noch mit der IBAN-Nummer (International Bank Account Number) möglich. Wir werden ab dem zweiten Quartal 2013 damit beginnen, um sicherzustellen, dass der Einzug der Mitgliedsbeiträge über das neue Lastschriftverfahren termingerecht erfolgen kann.

Wir bitten daher auf diesem Wege alle Mitglieder, uns rechtzeitig ihre IBAN-Nummer per Anruf, E-Mail oder Fax an unsere Geschäftsstelle mitzuteilen. Die IBAN-Nummer ist zum Beispiel auf den Kontoauszügen zu finden.

Vielen Dank schon an dieser Stelle für Ihre Mühe und Unterstützung.

*Norbert Boese,
BLVN-Landesschatzmeister*

Personalien

Wechsel in der Geschäftsführung

Bernd Wübbenhorst, mit Studium Lehramt an berufsbildenden Schulen und Schulmanagement, ist seit dem 17. November 2012 Geschäftsführer des BLVN.

Der Hauptvorstand wählte ihn einstimmig. Dienstlich ist er an der BBS 3 Hannover als Abteilungsleiter der Berufsfachschule Bau- und Holztechnik sowie der Berufseinstiegsschule eingesetzt.

Vorab wurde die bisherige Geschäftsführerin, Gabriele Matzke-Ludwig, verabschiedet. Grund ihres Ausscheidens ist der Wechsel ins Niedersächsische Kultusministerium, wo sie im Referat 42 den Dienstposten einer schulfachlichen Referentin für die Bereiche Metall-, Elektro- und Fahrzeugtechnik übernommen hat.

Bernd Wübbenhorst, Geschäftsführer

Wahl neuer Referentinnen und Beisitzer

Renate Lippel, Schulleiterin der BBS Anna-Siemsen-Schule, übernimmt als Beisitzerin die Zuständigkeit für die Bereiche Hauswirtschaft, Pflege und Gesundheit. Sie wird dabei von Vera Sommer, BBS Elisabeth-Selbert-Schule Hameln, unterstützt, die ebenfalls in diesen Bereichen tätig wird.

Clarissa Herrmann von der BBS Stadthagen übernimmt als Referentin die Schriftleitung für die Verbandszeitschrift Berufsbildung im Focus.

Heike Ganselweit von der BBS Burgdorf kümmert sich als Referentin um den Bereich Studenten/Junge Lehrkräfte.

Tagung des Bundesringes der Lehrer im Bereich Agrarwirtschaft 2012 in Bad Kreuznach

Die diesjährige Bundesringtagung der Vertreter der dbb Lehrerorganisationen im Bereich Agrarwirtschaft fand am Standort Bad Kreuznach der rheinland-pfälzischen Dienstleistungszentren Ländlicher Raum statt. Schulleiter Bernd Burghardt stellte die Struktur der Dienstleistungszentren vor. Hier sind unter anderem die Aufgaben der berufsbildenden Schulen landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Fachrichtungen, der Landentwicklung, der Bodenordnung und Siedlung, der amtlichen Betriebsberatung, des Versuchswesens, der Ernährungsberatung sowie der angewandten Forschung in Weinbau, Oenologie und Phytomedizin zusammengefasst.

Auszüge aus den Berichten der anderen Bundesländer

Brandenburg: Agrarwirtschaftlicher Unterricht konzentriert sich auf wenige Standorte. Ilona Pollak, Abteilungsleiterin für Agrarwirtschaft und Floristik am Oberstufenzentrum Werder (Havel), referierte über die Umsetzung des Lernfeldkonzeptes in ihrem Bundesland. Siehe hierzu den Aufsatz „Besserer Wissenstransfer durch modernes Lernen“.

Rheinland-Pfalz: Beratung und Lehre als Einheit ist Vergangenheit; somit sind die Berufs- und Fachschullehrkräfte nicht mehr in der Beratung tätig.

Schleswig-Holstein: Neu geschaffenes Berufliches Gymnasium für erneuerbare Energien hat starken Zulauf.

Hessen: Unterversorgung mit landwirtschaftlichen Lehrkräften droht.

Bayern: Duales Studium mit beruflicher Abschlussprüfung und Bachelor-Abschluss läuft erfolgreich für Gärtner und Landwirte. Altersteilzeit ist für beamtete Lehrkräfte weiterhin möglich als Blockmodell oder Teilzeit.

Baden-Württemberg: Rückgang bei Floristen; noch 16 Standorte für die Grundstufe Landwirtschaft bei etwa 270 Schülern; Friedhofsgärtner werden im dritten Jahr zentral beschult; Tierpflege als Modeberuf; eine Wochenstunde Englisch in jeder Berufsschulklasse mit Zertifikatsmöglichkeit der KMK; Gemeinschaftsschule bis Klasse 10; starker Zulauf am Beruflichen Gymnasium Sozialpädagogik; 50 Prozent der Abiturienten kommen vom Beruflichen Gymnasium.

Nordrhein-Westfalen: Etwa 5 200 Gärtner und 1 350 Landwirte sind in der Ausbildung; aufgrund stabiler Zahlen gibt es keine Diskussion um Standorte. Kopfnoten sind umstritten. Lehrerausbildung im Bereich Agrar wurde aufgegeben.

Mecklenburg-Vorpommern: sinkende Ausbildungszahlen, Lehrerüberhang in einigen Schulämtern, externe Evaluation mit Zielvereinbarungen auf Basis des Q2E-Modells.

Dr. Gerhard Over



Das Foto zeigt die Ländervertreter vor dem schuleigenen Weinberg in Bad Kreuznach, von links: Hanka Becker (MV), Ilona Pollak (Brandenburg), Horst Lochner (Bayern), Josef Brinkhaus (NRW), Dr. Rudolf Drexler (Hessen), Dr. Gerhard Over (Niedersachsen), Bernd Burghardt (RP), Günter Denninger (BW) und Isolde Huss (SH).

Wahlprüfsteine des Berufsschullehrer- verbandes (BLVN)



1 Die Budgetprobleme im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der berufsbildenden Schule zu Regionalen Kompetenzzentren sind letztendlich positiv nachgebessert worden. Nicht geklärt ist weiterhin die DV-Administration an berufsbildenden Schulen – wie und bis wann möchten Sie eine Gleichbehandlung aller berufsbildenden Schulen im Land sicherstellen?

CDU: Die CDU in Niedersachsen unterstützt die berufsbildenden Schulen in Niedersachsen als tragende Säulen unserer differenzierten Bildungslandschaft. Daher haben wir uns in Regierungsverantwortung dafür eingesetzt, dass auch die IT-/DV-Administration, die grundsätzlich eine Angelegenheit der Schulträger ist, seit 2003 im Finanzausgleich mit jährlichen fünf Millionen Euro bedacht wird. Die Konzepte für EDV-Systemadministratoren werden wir durch innovative Ansätze konsequent und passgenau fortentwickeln. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Arbeitsgruppe im Kultusministerium damit beschäftigt, zielführende Ansätze, die für alle berufsbildenden Schulen anwendbar sind, zu entwickeln.

FDP: Die Organisation der DV-Administration muss aus unserer Sicht bis Jahresende geklärt werden. Dafür treten wir ein und stehen in ständigem Kontakt mit dem Ministerium.

SPD: Verhandlungen mit den Kommunen müssen schnellstmöglich für Klarheit sorgen, wie die Zuständigkeiten und Verfahren bezüglich der IT-Administration geregelt werden können, mit dem Ziel einer angemessenen Mittelzuweisung.

Bündnis 90/Die Grünen: Aus Sicht der Grünen sind die Budgetprobleme deshalb noch nicht zufriedenstellend gelöst, weil es noch keine dauerhafte Regelung zum gemeinsamen Budget aus Mitteln des Landes und der Schulträger gibt. Davon ist letztendlich auch die Frage der DV-Administration betroffen.

Der Landesrechnungshof argwöhnt eine sachfremde Verwendung von Landesmitteln durch die Kommunen, dem muss mit klaren und transparenten Regelungen entgegengewirkt werden. Es muss durch vertragliche Vereinbarungen zwischen dem Land und den Schulträgern sichergestellt werden, dass das nötige Personal für die DV-Administration finanziert wird und die Kommunen tatsächlich für den vereinbarten Umfang und die Qualität sorgen. Dazu wird festzulegen sein, wie viele Arbeitsstunden für wie viele PCs in den BBSn und in den allgemeinen Schulen nötig sind. Da sich abzeichnet, dass eine landesweite einheitliche Lösung wegen der regionalen Unterschiede nicht realistisch ist, werden wir vermutlich mehrere Einzelverträge mit den Kommunen abschließen müssen. Über die Standards und die Finanzanteile von Land und Kommunen wollen wir eine Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden erzielen.

Die Linke: Wir wollen eine schnellstmögliche Lösung erreichen, damit endlich Klarheit herrscht. Das Land kann sich hier weder als Moderator für eine Lösung noch als Geldgeber bei der Lösung aus der Verantwortung stellen.

2 Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird schon jetzt ein Fachkräftemangel propagiert. Die zunehmend anerkannte Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung hat dazu geführt, dass junge Menschen zunehmend die beruflichen Bildungsmöglichkeiten nutzen um ihr Erwerbsleben individuell zu planen.

Derzeit werden Forderungen laut, die berufliche Bildung durch Einschränkungen wie die Verlegung des Anmeldetermins für alle vollschulischen Schulformen im berufsbildenden Bildungswesen einzuengen. Welche Bedeutung hat für Ihre Partei die berufliche Bildung neben der dualen Berufsausbildung?

CDU: Berufsorientierung ist für die CDU in Niedersachsen seit Langem ein wichtiges Anliegen. So ist die Berufsorientierung in allen Schulformen durch diverse Maßnahmen gestärkt worden. Durch die Zusammenarbeit mit der Berufsberatung der Arbeitsagenturen, den berufsbildenden Schulen und den Betrieben konnten den Schülerinnen und Schülern zur beruflichen Orientierung Schüler-Betriebspraktika, Betriebserkundigungen und berufspraktische Projekte angeboten werden. Zusätzlich dazu wurde zum 1. August 2011 eine „Koordinierungsstelle Berufsorientierung“ im Kultusministerium eingerichtet.

Die betriebliche Ausbildung im dualen System hat für uns die höchste Priorität. Wir stellen sicher, dass betriebs- beziehungsweise wohnortnaher Unterricht auch bei einer geringeren Zahl von Auszubildenden stattfinden kann. Die flächendeckende und differenzierte Versorgung mit berufsschulischen Angeboten werden wir dauerhaft sichern.

Die Ausbildungsfähigkeit und die Berufswahlkompetenz der Schülerinnen und Schüler konnte in allen Schulformen verbessert werden. So ist die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss am Ende des Sekundarbereiches I von 10,4 Prozent eines Jahrgangs im Jahr 2002 auf inzwischen 5,9 Prozent fast halbiert worden. Um die Schulabbrecherquote auch weiterhin zu senken, soll die sozialpädagogische Arbeit an allen Schulen gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den Schulen unterstützt werden.

Für die CDU in Niedersachsen gilt, jedem Jugendlichen ein geeignetes Ausbildungsangebot machen zu können. Jeder soll ohne Umwege in die Ausbildung gehen können. Für die CDU hat die duale Ausbildung eindeutig Vorrang vor Warteschleifen. Das bestehende Bildungskonzept wird kontinuierlich weiterentwickelt.

FDP: Für die FDP ist die Vielfalt im Schulsystem der Schlüssel für individuelle Chancen sich für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Berufliche Bildung und Berufsausbildung gehören zusammen und müssen zusammenarbeiten. Deswegen war es unser Ziel, dass die ausbildende Wirtschaft und die Berufsschulen gemeinsam eine Verständigung über die besten Anmeldetermine finden. Es ist aber auch kein Geheimnis, dass für uns die duale Ausbildung im Vordergrund steht. Wir brauchen aber eben auch neue Formen der Kooperation zwischen den berufsbildenden

Schulen und den ausbildenden Betrieben, die vermehrt Unterstützung benötigen werden bei der Ausbildung von Jugendlichen, die mehr Unterstützung benötigen.

SPD: Zusammengefasste Antwort am Ende von Absatz 2.

Bündnis 90/Die Grünen: Für die duale Ausbildung ist natürlich die Berufsschule als Lernort genau so wichtig wie der ausbildende Betrieb. Darüber hinaus darf man sich angesichts momentan guter Konjunktur und zurückgehender Schülerzahlen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahl der im dualen System bereitgestellten Ausbildungsplätze immer auch konjunkturabhängig ist; das heißt, wenn die Wirtschaft schlechter läuft, geht die Ausbildungsbereitschaft vieler Betriebe aller Erfahrung nach rasch zurück. Schon deshalb ist es wichtig, das System der berufsbildenden Schulen weitgehend zu erhalten, weil es dafür sorgen kann und muss, dass jeder junge Mensch die Chance auf eine Berufsausbildung erhält. Das heißt jedoch nicht, dass die Wirtschaft damit aus ihrer Verpflichtung entlassen werden soll. Es gibt zudem in einer ganzen Reihe von Ausbildungsberufen keine duale Tradition, da wird ohnehin seit Jahren vollzeitschulisch ausgebildet. Gerade in den sozialen und Gesundheitsberufen ist dies für die Deckung des Fachkräftebedarfs wichtig.

Im Übrigen halten wir die Verlegung des Anmeldetermins für ein vollkommen untaugliches Mittel, um Jugendliche für eine duale Ausbildung zu gewinnen. Hier muss die Berufsorientierung vor allem an Realschulen und Gymnasien nachgebessert werden.

Die Linke: Zusammengefasste Antwort am Ende von Absatz 2.

Die Umsetzung des „Hamburger Modells“ wird auch für Niedersachsen diskutiert. Im Sommer 2012 waren 10 350 Schüler in den Abschlussklassen 9 und 10 in den Stadtteil-, Förder- und Privatschulen. Nach den erstmals durchgeführten Schulabgängerbefragungen in Hamburg gaben 51 Prozent an, das Abitur machen zu wollen, und gerade einmal 17 Prozent haben eine duale Ausbildung in einem Betrieb aufgenommen (vgl.: Zu wenig Schulabgänger beginnen eine Ausbildung, „Die Welt“ vom 23. Oktober 12, Hamburg). Ist das ein Modell für Niedersachsen?

CDU: Zusammengefasste Antwort am Ende von Absatz 2.

FDP: Das Hamburger Modell in Gänze ist keine Alternative für Niedersachsen. Die berufsbildenden Schulen unterbreiten heute schon sehr gute Angebote, die aus unserer Sicht auch nicht als „Warteschleife“ diffamiert werden dürfen.

Interessant am Hamburger Modell ist jedoch die enge Begleitung der Jugendlichen in der Übergangszeit. Hier benötigen wir Lösungen auf regionaler Ebene.

SPD: Zusammengefasste Antwort am Ende von Absatz 2.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir wissen, dass sich in Niedersachsen trotz guter Konjunktur noch immer ein viel zu großer Teil der jungen Schulabgänger/-innen in Maßnahmen des Übergangssystems befindet, das heißt in Angeboten, die möglicherweise durchaus qualifizieren, aber nicht zur Anerkennung von Teilqualifikationen innerhalb einer Berufsausbildung beitragen. Das wollen wir ändern, positive Erfahrungen des Hamburger Modells nutzen und für Niedersachsen umsetzen. Dabei soll vor allem die einjährige Berufsfachschule für diejenigen mit klarer Berufsorientierung, die nachweislich keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, zu einer Berufsqualifizierung mit hohen betrieblichen Anteilen weiterentwickelt werden, um den sogenannten Klebeeffekt auch hier zu nutzen. Wer nach dem ersten Ausbildungsjahr an der BBS nicht von (s)einem Praxisbetrieb oder einem anderen Betrieb in duale Ausbildung übernommen wird, absolviert eine trägergestützte Ausbildung und schließt sie mit einer Kammerprüfung ab. Während des Übergangs von der BFS in die duale

Ausbildung erhalten die Jugendlichen Unterstützung durch Qualifizierungsbegleiter/-innen (eventuell qualifizierte Fachpraxislehrkräfte).

Nach Möglichkeit (Erfolg) wird das erste Jahr auf die Ausbildung angerechnet. Ziel: In jedem Fall erhalten die jungen Azubis eine vollständige Ausbildung ohne Brüche. Die Berufsvorbereitung wollen wir durch Zusammenfassung von BEK und BVJ in dualisierter ganztägiger Form weiterentwickeln.

Die Linke: Zusammengefasste Antwort am Ende von Absatz 2.

Die zur Übertragung des Hamburger Modells auf Niedersachsen erforderliche Absenkung der Schulpflicht in Niedersachsen bewirkt die Gewinnung von Finanzmitteln der Bundesagentur für Arbeit und führt zu einer Privatisierung der Ausbildung bei benachteiligten Jugendlichen. Wenn Leistungen der Agentur für Arbeit bezogen werden sollen, sind diese an Ausschreibungen gebunden und dann kommt es zu einem kostenorientierten Wettbewerb für eine Gruppe von Jugendlichen, die eigentlich unsere besondere pädagogische Beachtung finden sollte! Wie steht die Partei dazu?

CDU: Nicht alle Ausbildungsgänge im System der beruflichen Schulen sind tatsächlich dem „Übergangssystem“ zuzurechnen. Die „Integrierte Bildungsberichterstattung“ auf Bundesebene differenziert hier allerdings nicht, um zu einheitlichen Daten für alle Bundesländer zu kommen. In Niedersachsen sind von rund 264 000 Schülerinnen und Schülern des berufsbildenden Bereichs lediglich etwa 8 400 in Berufsvorbereitungsjahren und Berufseinstiegsklassen, dem sogenannten „klassischen Übergangssystem“. Das ist ein Anteil von 3,2 Prozent. In Hamburg, das mit seinem Hamburger Modell den Empfehlungen der Bertelsmann Stiftung folgt und auch vom DGB dafür gelobt wird, sind von rund 56 000 Schülerinnen und Schülern in der beruflichen Bildung etwa 3 300 Schülerinnen und Schüler in der Berufsvorbereitungsschule und somit im klassischen Übergangssystem. Das sind 5,9 Prozent.

Die übrigen, in der Studie dem Übergangssystem zugerechneten Jugendlichen in Niedersachsen besuchen eine Berufsfachschule, deren Inhalte identisch mit dem ersten Ausbildungsjahr der dualen Ausbildung sind. Die einjährige Berufsfachschule ist insofern immer dann keine unnötige Warteschleife, wenn sie wie in vielen Branchen und Berufen wie zum Beispiel in der Bautechnik, Holztechnik oder im Agrarbereich auf die betriebliche Ausbildung als erstes Ausbildungsjahr angerechnet wird.

Das gilt für mehr als 20 Prozent aller Absolventen, die somit nicht dem Übergangssystem zugerechnet werden dürften. Das ganzheitlich zu betrachtende System der beruflichen Bildung in Niedersachsen steht dabei – wie auch das in Baden-Württemberg – in vollem Einklang mit den Rahmenvorgaben der Kultusministerkonferenz. Aus der Berufsfachschule mündet der überwiegende Teil der Absolventen in eine duale Ausbildung ein oder nutzt wie viele Schülerinnen und Schüler mit Realschulabschluss die Durchlässigkeit des Systems zum Erwerb weiterer Qualifikationen bis zur Hochschulzugangsberechtigung.

FDP: Die Absenkung der Schulpflicht nur um Mittel der Bundesagentur für Arbeit zu generieren ist für uns kein Mittel der Wahl. Wir folgen jedoch Ihrer Aussage, dass es bei der Ausschreibung der BA mehr um Qualität gehen sollte als um Kosten. Für uns gilt auch, dass die Frage der Zertifizierung der berufsbildenden Schulen endlich geklärt werden muss und zwar ohne unnötige Kosten für die berufsbildenden Schulen.

SPD: Die SPD-Landtagsfraktion hat durch mehrere parlamentarische Initiativen verdeutlicht, wie wichtig ihr die berufliche Bildung ist. Aktuell möchte ich den Entschließungsantrag „Berufliche Bildung endlich ernst nehmen – Masterplan berufliche Bildung für Qualität und für zukunftssichere regionale Angebote“ (Drs. 16/4812) nennen. Viele Positionen und Forderungen der SPD-

Landtagsfraktion sind in das Regierungsprogramm des SPD-Landesverbandes eingeflossen.

Wir bekennen uns zum Prinzip der dualen Berufsausbildung gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben. Dafür sollen die Angebote der berufsbildenden Schulen enger dem jeweiligen regionalen, wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Bedarf folgen.

Wir wollen den Anmeldetermin für berufliche Vollzeitangebote, wie an den allgemeinbildenden Schulen auch, beim 20. Februar eines Jahres belassen.

Alle mitnehmen! Das ist für uns ein wichtiges sozialdemokratisches Ziel bei der Berufsausbildung. Gelingen kann dies nur in enger Kooperation mit den Akteuren der beruflichen Bildung, den Gewerkschaften und ausbildenden Betrieben. Außerdem will die SPD im engen Austausch mit den Schulträgern ein regionales Übergangsmangement entwickeln. Sie will Jugendlichen die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung geben, die trotz Ausbildungsreife und mehrfacher Bewerbungs- und Vermittlungsversuche keinen Ausbildungsplatz im dualen Ausbildungssystem gefunden haben. Gleichzeitig soll die hohe Abbruchquote im ersten Ausbildungsjahr verringert werden.

Schulabgängern ohne Lehrstelle soll es ermöglicht werden, in einer Berufsfachschule ein erstes Ausbildungsjahr zu absolvieren. Anschließend sollen die Jugendlichen in Absprache mit den Ausbildungsbetrieben direkt ins zweite Lehrjahr einsteigen. Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle.

Wir werden die guten Ansätze aus dem Hamburger Modell an niedersächsische Verhältnisse anpassen.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir sehen da kein generelles Problem. Es besteht bereits jetzt in Niedersachsen die Möglichkeit, nach § 69 NSchG die Schulpflicht durch den Besuch einer Jugendwerkstatt zu erfüllen. Auch im Rahmen einer trägergestützten Ausbildung erhalten die Jugendlichen einen Ausbildungsvertrag und müssen die Berufsschule besuchen. Dies hat bisher nicht zu einer totalen Privatisierung geführt.

Die Linke: Die vollzeitschulische Ausbildung hat in vielen Ausbildungsberufen eine hohe Bedeutung und ist nicht wegzudenken. In den Berufen, in denen eine duale Berufsausbildung der Regelfall ist, will Die Linke die duale Ausbildung beibehalten und die Betriebe zur Ausbildung verpflichten. Eine vollzeitschulische Ausbildung soll hier nachrangig als Ersatz angeboten werden, falls ein/e Bewerber/-in keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden hat. „Nachrangig“ heißt aber nicht, dass wir Qualitätsverluste hinnehmen wollen. Eine solche vollzeitschulische Ausbildung soll verhindern, dass die Jugendlichen ohne Ausbildungsmöglichkeit oder nur in unqualifizierten Warteschleifen verbleiben. An ihrem Ende steht eine Kammerprüfung. Das Ziel solcher vollzeitschulischen Plätze ist vorrangig, den Teilnehmerinnen spätestens zum zweiten Lehrjahr den Weg in die betriebliche Ausbildung zu ermöglichen. Dieses Modell streben wir unabhängig vom Schulabschluss für jede/n Ausbildungssuchende/n an. Insofern unterstützt Die Linke die Idee des Hamburger Modells. Eine Privatisierung der Ausbildung, wie in der Fragestellung suggeriert, muss damit aber nicht zwingend einhergehen und wird auch von der Linken abgelehnt. Kerngedanke ist es, Jugendlichen eine vollzeitschulische, staatlich geförderte Ausbildung anzubieten, damit sie nicht auf der Straße oder in Warteschleifen verbleiben müssen.

Eine Vorverlegung des Anmeldetermins für Berufsschulen lehnen wir ab, der Protestnote, die der BLVN im September an die Landtagsfraktionen übermittelt hat, schließen wir uns vollumfänglich an.

3. Wie gedenken Sie eine betriebs- und wohnortnahe Beschulung der dualen Berufsausbildung in Niedersachsen,

vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der zunehmenden Spezialisierung der Firmen, verbunden mit Forderungen der Betriebe nach passgenauen Berufsbildern, sicherzustellen?

CDU: Mit der nächster Frage zusammen beantwortet. Siehe Punkt 4.

FDP: Mit der geplanten Veränderung der Stundenzuweisung für kleine Bildungsgänge haben wir bereits den ersten Schritt unternommen. Wir brauchen darüber hinaus einen Abbau der über 300 verschiedenen Ausbildungsberufe. Insoweit muss auch die Wirtschaft nachvollziehen, dass eine weitere Spezialisierung in der Ausbildung kontraproduktiv ist. Aber im Sinne der Regionalen Kompetenzzentren sollen die berufsbildenden Schulen auch Freiräume erhalten, konkret auf die Wünsche der regionalen Wirtschaft eingehen zu können.

SPD: Angesichts des demografischen Wandels werden die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, um auch in Zukunft ein bedarfsgerechtes und regionales Berufsschulangebot anbieten zu können. Das regionale Berufsschulangebot ist ein wichtiger Bestandteil der regionalen Wirtschaft und des Handwerks. Deswegen ist es nicht hinnehmbar, dass Berufsschulen insbesondere im ländlichen Raum gefährdet sind. Es bedarf dazu eines Gesamtkonzeptes, das dieses verhindert und Lösungen beinhaltet.

Bündnis 90/Die Grünen: Das Land darf sich nicht länger aus der Frage heraushalten und muss über die Flexibilisierung des Klassenbildungserlasses mit einer Veränderung der Lehrersollstunden hinaus Anreize schaffen, damit kommunale Schulträger sich zusammenschließen (zum Beispiel: in Zweckverbänden), um in gegenseitiger Absprache die berufliche Bildung in den wichtigsten Berufsgruppen auf hohem Niveau sicherzustellen. Dazu muss die Erreichbarkeit der BBSn für die Jugendlichen verbessert werden. Ausbildende Betriebe und staatliche Ausbildung müssen dafür Lösungen entwickeln (Azubi-Tickets, Fahrtkostenzuschüsse, Internatsunterbringung und Ähnliches).

Die Linke: Die Linke unterstützt das Prinzip der umfassenden Beruflichkeit. Eine Häppchen-Ausbildung, die nur in einzelnen Modulen verläuft und vom Arbeitgeber passgenau angeboten und bezahlt wird, lehnen wir ab. In einer sich stetig wandelnden Arbeitswelt ist eine umfassende Grundausbildung wichtig und muss daher beibehalten werden. Wir halten daher daran fest, dass ein Ausbildungsberuf einen vom konkreten Einzelbetrieb unabhängigen Bedarf widerspiegeln muss, ein breites Einsatzfeld und Fortbildungs- sowie Aufstiegsmöglichkeiten bietet sowie eine Ausbildungsdauer von zwei bis drei Jahren umfasst.

Die demografische Entwicklung darf nicht dazu führen, dass die Schulen der beruflichen Bildung ausgedünnt und nur noch in Ballungsgebieten angeboten werden. Sicherlich muss man Diskussionen führen, bis zu welcher Größe eine Schule sinnvoll geführt werden kann, aber klar ist auch, dass ein Wegfall einer Berufsschule schnell zu mehr Abwanderung führen wird. Daher ist im Zweifelsfall der Erhalt der Berufsschulen auch in bevölkerungsschwächeren Gebieten Vorrang zu geben.

4. Aufgrund der demografischen Entwicklung dürften sich Chancen zur Bildung kleinerer Klassen ergeben, mittels denen eine Qualitätssteigerung des Unterrichtes und die Sicherung qualifizierten Fachkräftenachwuchses in allen Sparten realisiert werden könnte. Wie gedenken Sie die demografische Rendite für Qualitätsverbesserungen im beruflichen Bildungsreich zu nutzen?

CDU: Die CDU in Niedersachsen stellt sicher, dass betriebs- beziehungsweise wohnortnaher Unterricht auch bei einer geringeren Anzahl von Auszubildenden stattfinden kann. Dazu werden wir

prüfen, ob im Einzelfall auch die Bildung kleinerer Klassen für einzelne Lehrberufe notwendig ist. Angestrebt wird die Finanzierung aus der Demografierendite unter Berücksichtigung der Rückzahlung des Lehrerarbeitszeitkontos.

Für Berufsschulstandorte an der Landesgrenze wollen wir den Trägern länderübergreifende Kooperationen ermöglichen. In einer zunehmend größer werdenden Zahl von Landkreisen hat sich das Modell der Bildungsregion bewährt. Dort arbeiten alle an Bildung Beteiligten einer Region in Netzwerken zusammen. Wir werden in allen Landkreisen und kreisfreien Städten das freiwillige Angebot einer Bildungsregion stärken und stufenweise ausbauen.

FDP: Alle Ressourcen bleiben im System, das gilt auch für die berufliche Bildung. Wir wollen das Budget nach und nach auf über 100 Prozent der UV heben. Wie die Mittel dann verwendet werden liegt in der Verantwortung der Schule.

SPD: Bildung hat für uns eine hohe Priorität. Wir werden die sogenannte demografische Rendite im Bildungssystem belassen, um wichtige Qualitätsverbesserungen im beruflichen Bildungsbereich zu ermöglichen. Die Maßnahmen haben wir im oben genannten Masterplan „Berufliche Bildung“ benannt. Als Beispiel möchte ich bei der Unterrichtsversorgung die Gleichbehandlung der berufsbildenden Schulen im Theorieunterricht mit den allgemeinbildenden Schulen nennen.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen versuchen, die demografische Rendite im Bildungssystem zu lassen und zur Qualitätsverbesserung zu nutzen. Dazu muss jedoch in den kommenden Jahren zunächst die Rückzahlung des Lehrerarbeitszeitkontos im BBS-Bereich (circa 700 Stellen) finanziert werden. Kleinere Klassen werden ohnehin durch die bereits angekündigte Veränderung bei der Lehrersollstundenzuweisung in einigen Bereichen entstehen.

Die Linke: Die Linke ist für ein starkes öffentliches Bildungssystem. Für uns ist es daher selbstverständlich, dass die sogenannte demografische Rendite im Bildungssystem verbleibt und darüber hinaus zusätzliche Mittel zur Qualitätssteigerung fließen müssen. Eine Qualitätssteigerung kann aus unserer Sicht vor allem dadurch erreicht werden, dass die Lehrkräfte mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung von Unterricht sowie für die individuelle Förderung bekommen. Die Arbeitszeitregelungen und Stellenpotenziale müssen daher verbessert werden. Des Weiteren wollen wir die Kommunalfinanzen verbessern und das Kooperationsverbot in Bildungsfragen, das im Grundgesetz steht, aufheben, um bauliche Investitionen im Schulbereich zu ermöglichen.

5. Schon heute ist ein eklatanter Lehrermangel in der Metall- und Elektrotechnik sowie der Sozialpädagogik zu verzeichnen. Was soll getan werden, um die originäre Lehrerausbildung für berufsbildende Schulen bedarfsgerecht, zukunftsorientiert und auf fundiertem Universitätsniveau sicherzustellen?

CDU: Mit nächsten Frage zusammen beantwortet. Siehe Punkt 6.

FDP: Um den Fachlehrermangel langfristig zu beseitigen, strebt die FDP Zielvereinbarungen zwischen dem Land Niedersachsen und den niedersächsischen Universitäten an, die anhand des prognostizierten Lehrbedarfs die Studienplatzzahlen festlegen. Ziel muss es sein, dass an niedersächsischen Universitäten mindestens für den eigenen Bedarf Lehrer ausgebildet werden.

SPD: Um die notwendige Weiterentwicklung der beruflichen Bildung auf Dauer und regional zu gewährleisten, brauchen wir den oben genannten Masterplan „Berufliche Bildung“. Eine der zentralen Forderungen im Masterplan lautet: Dem Lehrkräftemangel muss insbesondere in den Bereichen der Metalltechnik, Elektrotechnik, Pflege und Sozialpädagogik durch geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden.

Bündnis 90/Die Grünen: Die Universitäten müssen ausreichend viele Studienplätze anbieten und mit den Studienseminaren und den Schulen besser zusammenarbeiten, um Theorie und Praxis noch besser zu verzahnen. Detaillierte Vorschläge haben wir dazu in unserem Lehrerbildungskonzept (<http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/landtagaktuell/plenarinitiativen/artikel/artikel/antrag-dem-fachkraeftemangel-begegnen-denuebergang-vonder-schule-in-die-berufswelt-besser-unter.html>), einer neuen Stufenlehrausbildung für die allgemeinbildenden Schulen, erarbeitet. Viele der Vorschläge umfassen jedoch auch die Ausbildung für die Lehrkräfte an den BBSn. So halten wir die Unterstützung in der Berufseinstiegsphase für sehr wichtig. Darüber hinaus muss die jetzige Qualifizierung von Quereinsteiger/-innen und Weiterqualifizierung von Fachpraxislehrkräften dringend verbessert werden, damit sie von den Beteiligten überhaupt leistbar ist und zu gut qualifizierten und motivierten Fachkräften führt. Für den Beruf des Berufsschullehrers muss geworben werden, ich vermute, die meisten AbiturientInnen kennen ihn gar nicht.

Die Linke: Der Lehrermangel kann durch ein attraktiveres Berufsbild gemindert werden. Dazu zählen Arbeitsplatzzufriedenheit, Bezahlung, Arbeitsbelastung sowie Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. An dem Niveau der Ausbildung darf keinesfalls gerüttelt werden; auch Quer- oder Seiteneinsteiger brauchen eine Vorab-Ausbildung und nicht (nur) ein training on the job. Um die universitären Angebote sicherzustellen, muss das Wissenschaftsministerium auf entsprechenden Zielvereinbarungen mit den Hochschulen pochen, um hier einen Kapazitätsverlust zu vermeiden. Im Übrigen gilt es, das Studium generell attraktiver zu machen; beispielsweise durch die sofortige Abschaffung der Studiengebühren.

6. Sollte die Nachwuchsgewinnung von Quereinsteigern darüber hinausgehend erforderlich sein, ist eine qualitative Nachqualifizierung sicherzustellen. Halten Sie es für richtig, dass Quereinsteiger ohne Kenntnisse der Fachdidaktik und Pädagogik wie Referendare, die diese Kenntnisse mitbringen, nur die ersten 18 Monate der insgesamt 36 Monate dauernden Qualifizierungsphase durch Fachpersonal der Studienseminare nachqualifiziert werden? Danach haben die Schulen die Qualifizierung in den verbleibenden 18 Monaten zu übernehmen – was sollen die berufsbildenden Schulen noch ohne Ressourcen leisten?

CDU: Die CDU in Niedersachsen hat seit 2003 die Zahl der beschäftigten Lehrkräfte auf über 87 000 erhöht. Zusätzlich haben wir die Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren bis auf rund 6 000 Plätze deutlich erhöht. Wir werden prüfen, ob eine stärkere Einbindung der Studienseminare bei der Qualifizierung der Quereinsteiger sinnvoll und effektiv ist.

Zur Deckung des Lehrkräftebedarfs in technischen Fachrichtungen hat die CDU in den letzten Jahren eine Vielzahl an Maßnahmen ergriffen, wie zum Beispiel das berufsbegleitende Studium für Fachpraxislehrkräfte und Diplom-Ingenieure (FH) und die Schüler-Lehrer-Akademie. Außerdem wird den Schulen die Einstellung von Fachakademikerinnen und Fachakademikern in das Beamtenverhältnis auf Probe ermöglicht.

Diese Quereinsteiger sind berufsbegleitend pädagogisch-didaktisch zu qualifizieren, zunächst 18 Monate durch die Studienseminare und anschließend 18 Monate durch die Schulen. Sollte nach Beendigung der Seminar-Qualifizierung seitens der Schul- und Seminarleitungen in Einzelfällen weiterer Unterstützungsbedarf festgestellt werden, soll aus Sicht der CDU in Niedersachsen die Ausbildungskompetenz der Studienseminare weiter in Anspruch genommen werden können.

FDP: Das Vorhaben ist richtig, aber in der Tat brauchen die berufsbildenden Schulen dafür die notwendigen Ressourcen.

SPD: Quereinsteiger sind notwendig und sinnvoll, allerdings brauchen die Quereinsteiger selbstverständlich Kenntnisse der Fachdidaktik.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir halten eine vergleichbare Qualifizierung für nötig, jede/-r Fachwissenschaftler/-in braucht eine gründliche pädagogische, didaktisch-methodische Ausbildung. Es kann nicht sein, dass die Schulen das so nebenbei leisten sollen. Wer jedoch bereits nachweisbar pädagogische Erfahrung oder absolvierte einschlägige Module mitbringt, sollte die anerkannt bekommen können.

Die Linke: Nein, diese Entwicklung halten wir für falsch. Ebenso ist Die Linke dagegen, dass den Schulen weitere Aufgaben übertragen werden, ohne sie mit den entsprechenden Ressourcen auszustatten. Wer bestellt, muss auch bezahlen.

7. Mit der größeren Eigenständigkeit sind den berufsbildenden Schulen (im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen) auch vielfältige zusätzliche Aufgaben und eine größere Verantwortung übertragen worden. An eine entsprechende zeitliche Entlastung, wurde bisher nicht gedacht. Welche Vorstellungen haben Sie für die Zukunft, um letztlich auch die Attraktivität des Lehrerberufs wieder zu steigern?

CDU: Die niedersächsischen berufsbildenden Schulen sind innovativ und breit aufgestellt. Als Regionale Kompetenzzentren leisten sie einen wichtigen Bildungsauftrag. Die CDU in Niedersachsen hat in den vergangenen Jahren Maßnahmen ergriffen, um einer zunehmenden Belastung der Lehrkräfte durch Verwaltungsarbeit entgegenzuwirken. So wurde ein Stundenbudget für besondere Belastungen eingerichtet und nahezu alle berufsbildenden Schulen haben Schulasistenten zur Unterstützung erhalten. An allen berufsbildenden Schulen gibt es zudem Verwaltungskräfte für die Personal- und Mittelbewirtschaftung. Die Entlastung für die Schulleiterinnen und Schulleiter ist neu geregelt worden und mit Entlastungen verbunden. Für Lehrkräfte, die in Teilen Leitungsaufgaben im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule übernommen haben, können Entlastungsstunden erteilt werden. Den eingeschlagenen Kurs zur deutlichen Entlastung der Schulen von administrativen Aufgaben und bürokratischen Vorgaben werden wir fortzusetzen. Unsere Schulen brauchen mehr Zeit für Pädagogik. Deshalb werden wir die Landesschulbehörde weiter zu einem Ansprechpartner mit Unterstützungs-, Beratungs- und Dienstleistungsfunktion für unsere Schulen ausbauen.

FDP: Abnahme von bürokratischen Aufgaben durch Serviceleistungen der Landesschulbehörde und Schaffung echter Mittel für die Verwaltungsleiter. Befreiung der Lehrkräfte von Aufgaben, die nicht zur pädagogischen Arbeit gehören.

SPD: Bei der Umsetzung, den Modellversuch ProReKo auf alle Schulen zu übertragen, gab es unnötige Planungs-, Koordinierungs- und Informationsmängel. Durch viele Aspekte wurde und wird die Arbeit der Schulleitungen und der Kollegien unnötig belastet. Diese organisatorischen Probleme führen zu erheblicher Doppelarbeit und Verärgerung an den Schulen.

Der Niedersächsische Landtag hat am 18. Februar 2010 in großer Einmütigkeit einen Antrag zur Übertragung der positiven Ergebnisse des Schulversuchs ProReKo auf alle berufsbildenden Schulen beschlossen. In diesem Antrag werden unter anderem die Bedingungen für ein Gelingen des Umsetzungsprozesses beschrieben und mit Forderungen an die Landesregierung verknüpft. In der tatsächlichen Umsetzung ist die Landesregierung jedoch weit hinter die in der genannten Entschließung enthaltenen Notwendigkeiten zurückgefallen.

Als Beispiel möchte ich die aufgrund des § 112 a NSchG zu erlassende Verordnung für die Option eines gemeinsamen Budgets

nennen. Diese Verordnung ist aber notwendig, um eine sachgerechte Bewirtschaftung des Budgets leisten zu können sowie angemessene Ausgleichsmechanismen zwischen Land und Schulträgern verbindlich zu regeln.

Zudem muss im Sinne des gesamten Reformprozesses auf Erlasse, die dem Ziel der Eigenverantwortung zuwiderlaufen, verzichtet werden und stattdessen der Fokus auf die Qualitätssteigerung gelegt werden.

Bündnis 90/Die Grünen: Nach unserer Auffassung sollen die Schulen vor allem durch eine Servicestelle der Landesschulbehörde von Verwaltungsaufgaben (zum Beispiel Ausfertigung und Rechtsprüfung von Arbeitsverträgen) entlastet werden. Zudem wollen wir die Arbeit der Lehrkräfte dadurch unterstützen, dass wir nach und nach – aus dem Rückgang der SchülerInnenzahlen finanziert – für alle Schulen pädagogisch-psychologische Unterstützungsteams mit Sozialpädagogen/-innen, Schulpsychologen/-innen, Gesundheitsfachkräften, Beratungslehrkräften zur Verfügung stellen, die Schülern/-innen, Lehrkräften und Eltern Hilfe anbieten können.

Die Linke: Die Linke ist dafür, dass die Lehrerinnen und Lehrer vor allem das machen, wofür sie ausgebildet und eingestellt wurden und was in den allermeisten Fällen ihrem Berufswunsch entspricht: sie sollen pädagogisch tätig sein. Die Landesschulbehörde muss gerade die juristischen Fachfragen verantwortlich übernehmen, um hier die Schulen zu entlasten.

Zusätzlich brauchen die Schulleitungen Verwaltungsfachkräfte, die ihnen weitere Tätigkeiten in Verwaltungs- und Organisationsfragen abnehmen. Die Linke hat diese weitgehende Form der Eigenständigkeit der berufsbildenden Schulen kritisiert, weil sie eine reine Organisationsreform war/ist und nicht den Blick auf das Wesentliche gerichtet hat: die Verbesserung der Unterrichtsqualität und der individuellen Förderung. Durch eine Organisationsreform lässt sich aber diese Kernaufgabe der Schule nur schwerlich verbessern. Stattdessen sind nun zusätzlich pädagogikfremde Aufgaben hinzugekommen.

8. Im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel droht ein Mangel von Pflegefachkräften bis hin zum Pflegenotstand. Wie will die Landesregierung die öffentlichen berufsbildenden Schulen aufstellen um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

Werden zukünftig alle Bildungseinrichtungen, die diesen Ausbildungsmarkt bedienen, zur Einhaltung der gleichen Standards bezüglich der Qualifikation des dort unterrichtenden Lehrpersonals verpflichtet?

CDU: Der demografische Wandel macht auch vor Niedersachsen nicht Halt. Die CDU in Niedersachsen sieht im demografischen Wandel aber vor allem eine Chance. Ein längeres Leben ist erfreulich und ein hoher Gewinn für die Gesellschaft. Der demografische Wandel ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Die CDU in Niedersachsen: Als Volkspartei bauen wir Brücken und unterstützen in einer älter werdenden Gesellschaft den Zusammenhalt aller Generationen.

Die CDU in Niedersachsen handelt jetzt, um die Pflege auch in Zukunft zu sichern. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Für uns nimmt die Gewinnung von Nachwuchs in der Pflege eine zentrale Rolle in der Sozialpolitik ein. So konnte aktuell die Schulgeldfreiheit für alle Altenpflegeschülerinnen und -schüler in Niedersachsen ab dem 1. August 2012 gewährleistet werden. Die Regierungsfractionen haben hierzu für 2013 insgesamt 4,3 Millionen Euro bereitgestellt. Damit sollen das Berufsbild der Altenpflege noch attraktiver gemacht und der positive Trend in Niedersachsen zu mehr Auszu-

bildende in der Altenpflege unterstützt werden. Seit 2009 konnte die Zahl der Auszubildenden in Niedersachsen von 4 600 auf mehr als 6 200 in 2011 gesteigert werden. Das werden wir fortsetzen.

FDP: Wir brauchen gleiche Standards und wir brauchen genügend Auszubildende. Dafür hat Niedersachsen eine Werbekampagne gestartet. Es hilft nicht, wenn bisherige Träger und berufsbildende Schulen in Konkurrenz um zu wenig Auszubildende treten. Wir müssen erstmal genug junge Menschen begeistern, sich für den Pflegeberuf zu entscheiden.

SPD: Wir werden mit den zuständigen Stellen erörtern, wie das Verfahren für zusätzliche Zertifikatsanforderungen zur Anerkennung als Weiterbildungsträger (DIN-ISO Zertifizierungen et cetera) erleichtert oder eine Budgeterhöhung für die Zertifizierung zur Verfügung gestellt wird.

Bündnis 90/Die Grünen: Bündnis 90/Die Grünen wollen die gewachsene Struktur von Fachschulen für Altenpflegeausbildung und öffentlichen berufsbildenden Schulen erhalten und ausbauen. Dabei muss jeweils vor Ort analysiert werden, wie sich der Bedarf an Fachkräften in der Altenpflege entwickeln wird und ob und wo die Erweiterung von schulischen Ausbildungskapazitäten unter welchen Bedingungen angezeigt ist. Der Ausbau und eine Erweiterung schulischer Ausbildungskapazitäten muss mit dem Ausbau der Praxisstellen parallel gehen, da sonst die Voraussetzungen für die schulischen Kapazitätserweiterungen nicht gegeben wären.

Standard für die Qualifikation des Lehrpersonals, das das Fach Pflege unterrichtet, soll an allen Schulen eine an einer Hochschule erworbene pflegepädagogische Qualifikation sein.

Die Linke: Die Linke hat in ihrem Wahlprogramm die Forderung aufgestellt, die Ausbildung der Altenpflege an die der Krankenpflege anzupassen – diese also aufzuwerten. Einheitliche Standards hinsichtlich der Lehrinhalte und der Ansprüche an die Qualifikation des Lehrpersonals sind für uns eine wichtige Voraussetzung für eine qualitativ gute Ausbildung. Wir sind dabei stets dafür eingetreten, diese Ausbildung an staatlichen Schulen durchzuführen und wenden uns vehement gegen die Leistung eines Schulgeldes durch die Auszubildenden.

Ebenfalls im Wahlprogramm festgehalten haben wir den Anspruch, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Um hierfür allerdings genügend Bewerber/-innen zu finden, muss der Beruf deutlich attraktiver werden. Die Landesregierung hat mit ihrer Kampagne „Mensch Alter“ gezeigt, dass sie sich des Problems des Fachkräftemangels in der Pflege immerhin bewusst ist. Wir sagen indes: Eine Imagekampagne allein wird das Problem nicht lösen. Damit der Pflegeberuf attraktiver wird, müssen sich seine Rahmenbedingungen ändern. Neben einer Ausweitung des Personalschlüssels zur Entlastung des Berufsalltags, hält Die Linke auch eine tarifliche Aufwertung für notwendig. Da die Ausbildungslasten bei den unterschiedlichen Pflegeträgern ungleich verteilt sind, treten wir zudem für die Wiedereinführung einer Ausbildungsabgabe ein und weil die Ansprüche an die Pflegeberufe steigen (zum Beispiel Zunahmen an Demenzerkrankungen), wollen wir als Linke außerdem, dass Pflegeleitungskräfte und bestimmte Spezialisierungen künftig durch entsprechende Studiengänge qualifiziert werden.

9. Die Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis werden im Rahmen des handlungsorientierten Unterrichtes zunehmend für Demonstrationsunterricht in Berufsschulklassen und weiterführende Schulformen herangezogen. In anderen Bundesländern werden diese Tätigkeiten mit mehr als A 9 und A 10 besoldet. 2007 wurden 83 A 11-Stellen ausgewiesen und weitere in Aussicht gestellt. Wird man den erhöhten Ansprüchen gerecht werden und weitere A 11-Stellen zur Verfügung stellen?

CDU: Bei den A 11-Stellen handelt es sich um das Spitzenamt der Fachpraxis. Im Haushaltsplan sind 83 A 11-Stellen für die Fachpraxis vorhanden. Diese stehen den Schulen auch zur Verfügung. Die Stellen sind im gewerblich-technischen Bereich angesiedelt und an besondere herausgehobene Funktionen gebunden. Neu bewilligte Stellen, die durch den Gesetzgeber eingestellt werden müssen, müssten auch zukünftig an die herausgehobenen Funktionen gebunden sein. Ob weitere Funktionsstellen zur Verfügung gestellt werden können, werden wir gern prüfen.

FDP: Ja, wir teilen das Anliegen, allerdings steht dieser Ausgabe das Landesbudget gegenüber und damit unter Haushaltsvorbehalt. Es wird daher nur eine Umsetzung Zug um Zug geben.

SPD: Mit der nächsten Frage zusammen beantwortet. Siehe Punkt 10.

Bündnis 90/Die Grünen: Dazu können wir gegenwärtig keine Versprechungen abgeben, weil wir keine finanziellen Spielräume sehen.

Die Linke: Ja, Die Linke setzt sich für eine Aufwertung des Lehrberufs ein, der sich auch in der Besoldungsstufe ausdrücken muss.

10. Bis zu welchem Zeitpunkt wollen Sie den anerkannten Einkommensrückstand von derzeit acht Prozent abbauen und ist eine Wiedereinführung von Sonderzuwendungen angedacht?

CDU: Um insbesondere niedriger besoldete Beamte zu unterstützen, erhalten Beamte der Besoldungsgruppen bis A 8 jährliche Sonderzahlungen in Höhe von 420 Euro. Allen Beamten mit Kindern wird eine Sonderzahlung in Höhe von 120 Euro jeweils für die ersten beiden Kinder und von 400 Euro für jedes weitere Kind mit dem Dezembergehalt ausgezahlt.

Zur Sanierung der Haushalte der Kommunen und des Landes, leisten die Beamtinnen und Beamten durch den Verzicht auf Sonderzuwendungen einen erheblichen Beitrag. Die CDU in Niedersachsen hofft, diese Sonderzuwendungen wieder einführen zu können. Voraussetzung ist aber, dass solche Sonderzuwendungen nicht durch eine unsoziale Neuverschuldung finanziert werden müssen. Derzeit macht das Land noch neue Schulden. Wir sehen es als Aufgabe unserer Politik an, den nachfolgenden Generationen nicht durch Schuldenberge die Handlungsspielräume im Vorhinein einzuschränken.

FDP: Nein, die Wiedereinführung von Sonderzuwendungen ist derzeit nicht leistbar.

SPD: Unwuchten im Besoldungssystem müssen selbstverständlich diskutiert und geprüft werden. Um politische Gestaltungsspielräume zurückzugewinnen, muss der Landeshaushalt nachhaltig konsolidiert werden. Man sollte jedoch nur das versprechen, was man später auch einhalten kann.

Bündnis 90/Die Grünen: Angesichts der immensen Verschuldung des Landes und der einzuhaltenden Schuldenbremse des Bundes können wir kein solches Versprechen abgeben. Wenn sich finanzielle Spielräume ergeben, werden wir zunächst die unteren Besoldungsgruppen bis A 8 für die Wiedereinführung einer Sonderzahlung vorsehen.

Die Linke: Die Linke hat sich im Wahlprogramm klar zur Wiedereinführung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes bekannt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sowohl ungerechte Entlohnungen als auch vorenthaltene Sonderzuwendungen der Vergangenheit angehören.

Heinz Ameskamp, Landesvorsitzender

Besserer Wissenstransfer durch modernes Lernen

Keine Osterhasenpädagogik – auch nicht im Frühjahr

Lehren und Lernen wird heute von großem Engagement an unseren landwirtschaftlichen Berufsschulen getragen. In der Agrarwirtschaft haben sich wissenschaftliche Innovationen fest etabliert. Die beschäftigten Fachkräfte meistern die ihnen gestellten Anforderungen. Daran haben die Berufsschullehrer erheblichen Anteil. Insider wissen, dass diese Leistungen unter zum Teil schwierigen Rahmenbedingungen erbracht wurden und immer noch werden.

In der Öffentlichkeit allerdings ist noch immer, lange nach Gerhard Schröder und seinem Vergleich der Lehrer mit „faulen Säcken“, ein Hang zum unreflektierten Nörgeln und Mitschwimmen im Mainstream zu beobachten. Selbst in Zeitschriften des Berufsstandes der Bauern wird die Arbeit an Schulen mit „Methoden unserer Ahnen“ verglichen.

Die rasante Geschwindigkeit, mit der wissenschaftlich-technische Erkenntnisse die Agrarwirtschaft beeinflussen, stellt die Berufsausbildung vor enorme Herausforderungen. Kernproblem ist der erfolgreiche Wissenstransfer in die berufliche Praxis. Berufseinstiegern muss es besser gelingen, die in der Ausbildung erworbenen Kompetenzen im Berufsalltag anzuwenden. Lernforscher haben sich intensiv mit dem Transferproblem beschäftigt und innovative Lernkonzepte entwickelt. Die Ergebnisse wurden in den neuen agrarwirtschaftlichen Rahmenplänen, zum Beispiel in den Berufen Tierpfleger, Pferdewirt und Fachkraft Agrarservice bereits berücksichtigt.

Die Kritik am Lerngebiets- beziehungsweise Fächerunterricht begründet sich unter anderem am fehlenden konkreten Praxisbezug und an den Schwierigkeiten der Auszubildenden, das in den verschiedenen Lerngebieten beziehungsweise Fächern erworbene Einzelwissen in der jeweiligen beruflichen Anforderungssituation auch erfolgreich zu kombinieren und damit anzuwenden. Hinzu kommt die relativ passive Lernerrolle, die die für die Praxis so wichtige Umsetzungskompetenz zu wenig fördert.

Nachdem auch noch der Lehrervortrag allgemein als lehrerzentrierter Frontalunterricht in die Kritik geraten war, fiel die Wahl vieler Pädagogen auf das fragend entwickelnde Unterrichtsgespräch. Dieses kann allenfalls zu Beginn geplant verlaufen, wird genau genommen auch von der Lehrkraft dominiert und zunehmend vom Tempo und den Beiträgen aktiver Schüler getragen. Individuelle Lerntempi und Vorkenntnisse können nur unzureichend berücksichtigt werden. Im Lernprozess sollen darüber hinaus von den Auszubildenden relativ häufig Antworten auf Fragen gefunden werden, die sie sich selbst zuvor nicht gestellt haben,

die ihnen möglicherweise gar nicht bedeutsam erscheinen. Hinzu kommt die insgesamt künstliche Situation, die von Elisabeth Stern als „Osterhasenpädagogik“ bezeichnet wird. Die Schüler sollen das vom Lehrer sorgfältig im fragend entwickelnden Unterricht versteckte Wissen finden, was an österliche Bräuche erinnert. Die so wichtige Phase der subjektiven Auseinandersetzung im individuellen Lerntempo fehlt häufig. Dieses Vorgehen sollte jedoch weitgehend Geschichte sein.

Im modernen Unterricht beginnt das Lernen in der Regel mit einer kurzen thematischen und lernstrategischen Orientierung je nach Bedarf der Lerner. Diese darf durchaus in einem gut strukturierten, zeitlich knapp gehaltenen Lehrervortrag erfolgen. Gleich darauf folgt die zeitlich längere Phase der individuellen Auseinandersetzung im Rahmen berufstypischer Lernsituationen. Die Auszubildenden entwickeln aktiv Fragestellungen und Lösungsvarianten gemeinsam mit ihren Mitschülern, sie wählen zwischen verschiedenen Alternativen aus und evaluieren am Ende, ob und in wie weit die von ihnen favorisierte Lösung zielführend war. Sie dürfen sich dabei schadlos ausprobieren und haben das ausdrückliche Recht, Fehler zu machen, aber eben auch die Chance aus diesen zu lernen. Am Ende der individuellen Einzel- beziehungsweise Gruppenarbeitsphase finden in einer kollektiven Phase exemplarische Präsentationen statt. Je nach Bedarf der Lerner können nochmals Systematisierungen erfolgen. Begegnen die Auszubildenden dann einer ähnlichen Situation in ihrer betrieblichen Wirklichkeit, haben sie diese gedanklich schon einmal durchlebt und können aus den gewonnenen Erfahrungen schöpfen. Natürlich kann die jeweilige praktische Erfahrung auch zeitlich vor dem Behandeln in der Schule liegen. Entscheidend ist, dass die Lernenden neue Verknüpfungen zu ihren Vorkenntnissen herstellen können.

Vorkenntnisse stellen mit Abstand den wichtigsten individuellen Einflussfaktor für den Lernerfolg dar. Diese Erkenntnis wird seit KLAUER (vgl. KLAUER, 1993) als „Matthäus-Effekt“ bezeichnet. In Matthäus 13, Vers 12, heißt es: „Denn wer da hat, dem wird gegeben, ... wer aber nicht hat, von dem wird auch das genommen was er hat.“ (Luther Bibel, 1912). Diese Metapher zielt auf die Bedeutung der Vorkenntnisse. Verfügt der Lernende über ein gut strukturiertes Gefüge entsprechender Vorkenntnisse, können neue Kenntnisse an verschiedenen Stellen anknüpfen und verarbeitet werden. Es entwickeln sich mehrdimensionale Netzwerke. Ganz anders wirken sich dagegen unzureichende Vorkenntnisse aus. Neues Wissen findet nur teilweise Anknüpfungspunkte und läuft somit Gefahr, sich nur unzureichend zu verfestigen. Manchmal geht es einfach verloren. Mit der Zeit werden auch die einst vor-



handenen Vorkenntnisse aus Mangel an Verwendungsmöglichkeiten abgebaut.

Vorkenntnisse bringen die Auszubildenden in differenzierter Weise mit in die Berufsausbildung. Ausbilder und Lehrkräfte müssen die individuellen Lernvoraussetzungen kontinuierlich analysieren. Sie leiten daraus ab, welche lernstrategischen und fachsystematischen Orientierungen nötig sind, um allen Lernenden die erfolgreiche Realisierung der Phase der individuellen Auseinandersetzung überhaupt erst zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang entwickeln die Lehrkräfte darüber hinaus differenzierte Aufgabenstellungen. Die besondere Relevanz der Phase der individuellen Auseinandersetzung begründet sich aus den durch wissenschaftliche Untersuchungen belegten extremen Lerntempounterschieden (bis zu einem Faktor von 9) bei heterogenen Lerngruppen, wie sie in der beruflichen Bildung auftreten. Durchgängig kollektives Lernen erscheint deshalb für diese Zielgruppe ungeeignet. Noch ein Grund für ein notwendiges Umdenken in der Berufsbildung.

Das Transferproblem der Überführung in der Schule erworbener Kompetenzen in die berufliche Wirklichkeit kann im modernen Unterricht erfolgreicher gelöst werden. Differenzierte Lernbedürfnisse werden besser berücksichtigt. In der modernen Lehr-Lern-Psychologie wird das „Dazwischenklemmen“ möglichst umfangreicher Phasen des aktiven und selbstgesteuerten Lernens zwischen möglichst kurzen informativen kollektiven Lernphasen zur lernstrategischen und thematischen Orientierung als Sandwich-Prinzip bezeichnet (vgl. WAHL, 2006).

Dieses Prinzip wird unter anderem im Lernfeldkonzept verwirklicht. Wie jedes Konzept bedarf auch dieses der kontinuierlichen Weiterentwicklung. Doch zuvor muss es erst einmal richtig bei allen Beteiligten angekommen sein. Dazu gehören viele Einflussfaktoren. In erster Linie sind es jedoch die Ausbilder und Lehrkräfte, die in vorderster Reihe stehen und somit größtmögliche Unterstützung benötigen. Das Schulmanagement muss der Einführung und Verstetigung des Lernfeldkonzepts deshalb besondere Aufmerksamkeit widmen, alle Voraussetzungen innerhalb der Schule schaffen, eine intensive Fortbildung der Lehrkräfte ermöglichen und eng mit den Ausbildern zusammenarbeiten.

Die Gestaltung einer wirksamen Lernortkooperation erhält im Lernfeldkonzept eine neue Dimension. Denn die Schnittstelle zwischen Ausbildern und Lehrkräften zur gemeinsamen Auswahl berufsrelevanter Anforderungssituationen fördert sowohl einen praxisbezogenen Unterricht und damit das Anknüpfen an Erfahrungen als auch die gegenseitige Kenntnis der inhaltlichen Vor-

gehensweise der dualen Partner. Auf diese neue Herausforderung müssen Ausbilder und Lehrkräfte vorbereitet werden. Sie sollten dazu die Philosophie des Lernfeldkonzepts kennenlernen und die „didaktische Kette“ der Kompetenzentwicklung (vgl. BRÄUER, 2010) nachvollziehen können. Die Lehrkräfte müssen darüber hinaus deren Umsetzung im Unterricht beherrschen.

Fazit

Das Kerngeschäft moderner Berufsschulen zielt auf den bestmöglichen Transfer des in der Schule Gelernten in den beruflichen Alltag. Handlungsorientierte Lernkonzepte sind deshalb besonders gefragt. Die neuen KMK-Rahmenpläne sind handlungsorientiert und bieten zugleich regional und schulorganisatorisch erforderliche Umsetzungsspielräume. Ihre Potenziale können durch ein professionelles Schulmanagement besser ausgeschöpft werden.

Ehe innovative Bildungskonzepte jedoch ihre volle Wirksamkeit entfalten können, bedarf es neben engagierten Ausbildern und Lehrkräften vor allem Ausdauer und Geduld. Wohl jeder Pädagoge kennt dieses Gefühl der Ungeduld, wenn es um das Sichtbarwerden der Anstrengungen seiner täglichen Arbeit geht. Deshalb ist die zuweilen geäußerte Sorge, ob unser Bildungssystem denn schnell und umfassend genug auf die neuen Anforderungen reagieren kann, gut nachvollziehbar. In unseren Berufsschulen wird jedoch engagiert gearbeitet. Es kommt deshalb heute besonders darauf an, herauszufinden, wie bereits erfolgreich agierende Schulen durch gezielte Schwerpunktsetzung und das Aufspüren von Entlastungspotenzialen noch bessere Ergebnisse erreichen können.

*Ilona Pollack,
Abteilungsleiterin OSZ Werder
Abteilung 4 Agrarwirtschaft und Floristik
Doktorandin der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät
Humboldt Universität Berlin*

Literatur

BRÄUER, M. (2010): Lernfeldkonzept im Agrarbereich – veränderte Kompetenzanforderungen und fachdidaktische Konsequenzen. In: Die berufsbildende Schule 62

KLAUER, K. J. (1993): Denktraining für Jugendliche, Hogrefe, Göttingen

WAHL, D. (2006): Lernumgebungen erfolgreich gestalten, Julius Klinkhardt Verlag Bad Heilbrunn

Luther Bibel: Matthäus 13 Vers



Unsere Verbandskreditkarte

Der BLVN bietet seinen Mitgliedern kostenlos eine MasterCard Gold an

Ab 1. April 2011 stellt der Berufsschullehrerverband Niedersachsen seinen Mitgliedern – als eine weitere neue Dienstleistung – eine MasterCard Gold mit einigen besonderen Vorteilen kostenlos zur Verfügung.

Diese Vorteile haben unsere Mitglieder:

Alle Mitglieder des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen können mit der neuen Verbandskreditkarte ab sofort weltweit bargeldlos und ohne Gebühren bezahlen.

Neben dem Wegfall der vielfach üblichen Auslandszuschläge gibt es viele zahlreiche weitere Nutzungsvorteile, insbesondere durch Rabatte beim Kauf von Neuwagen, durch hohe Rabatte bei Buchungen von Reisen und durch kostenfreie Versicherungen für mit der Karte bezahlte Reisen.

Und so funktioniert es:

Ein Antragsformular für die Verbandskreditkarte und weitere Informationen sind auf der Homepage des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen unter www.blv-nds.de abrufbar. Dort werden die Vorteile und Möglichkeiten der Berufsschullehrerverbandes-MasterCard Gold erläutert und die allgemeinen Geschäftsbedingungen zum Abruf bereitgestellt. Sie finden auf der Homepage auch Antworten auf häufig gestellte Fragen zur gesamten Abwicklung und die allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Gabriele Matzke-Ludwig

Berufs- und Fachschullehrer für den Garten- und Landschaftsbau dringend gesucht

50 Studienanfänger sind jedes Jahr notwendig, um die Ausbildung sicherzustellen



Dem Garten- und Landschaftsbau gehen die fachlich versierten Berufs- und Fachschullehrer aus. Dies war Thema in einer der letzten Sitzungen der Hochschulkonferenz Landschaft (HKL), der auch der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL) angehört. Die HKL ist ein Zusammenschluss der Hochschulen in den Bereichen Landschaftsarchitektur und Landschaftsbau sowie der in diesem Bereich tätigen Verbände. Bei entsprechenden Recherchen stellte sich heraus, dass der bisher einzige Lehrstuhl in Deutschland, der ein Lehramtsstudium im Landschaftsbau anbietet, an der Technischen Universität (TU) Berlin angesiedelt ist. Erfahrungsgemäß schließen hier je Jahr aber nur weniger als zehn Studierende mit einem Master of Education (M. Ed.) ab.

Um sich dem Thema Lehramtsstudiengang im Landschaftsbau näher zu widmen, wurde in der HKL eine Arbeitsgruppe gegründet. Diese stellte durch detaillierte Berechnungen fest, dass ab sofort 50 Studienanfänger jährlich benötigt werden, um die in den kommenden Jahren ausscheidenden landschaftsgärtnerischen Berufs- und Fachschullehrer zu ersetzen. Um zu dieser Zahl von Studienanfängern zu kommen, sind mindestens drei Hochschulen notwendig, die jeweils zwanzig Studierende zum Lehramt im Landschaftsbau ausbilden würden.

Wie oben aufgeführt gibt es aber nur eine Hochschule in diesem Bereich mit zu wenig Absolventen als M. ed.

Quereinstieg ins Lehramt ermöglichen

Die HKL-Arbeitsgruppe beschäftigte sich dann einerseits damit, wie die Absolventenzahl an der TU Berlin erhöht werden könnte. Andererseits wurden weitere Hochschulen gesucht, die daran interessiert wären, einen Lehramtsstudiengang Landschaftsbau zu installieren. Bezüglich der TU Berlin wurde festgestellt, dass es in Zukunft Quereinsteigern aus dem Fach Landschaftsbau ermöglicht werden muss, in den Studiengang Lehramt ohne Zeitverlust einzusteigen. Außerdem sind Verbesserungen hinsichtlich des geforderten Zweifaches notwendig. Solche Veränderungen können aber nur mit Zustimmung der Kultuspolitik des jeweiligen Landes erfolgen. Und hier wird es mehr als schwierig. Jedenfalls wird das berufsständische Anliegen von den zuständigen Personen und Institutionen in Berlin „auf die lange Bank“ geschoben.

Die entsprechenden Lehrstühle zweier weiterer Hochschulen wären bereit, einen Lehramtsstudiengang Landschaftsbau einzurichten. Sowohl die Universität Hannover als auch die Hochschule RheinMain in Geisenheim in Kooperation mit der TU Darmstadt haben schon erhebliche Vorarbeiten für die Einrichtung eines entsprechenden Lehramtsstudienganges geleistet. Aber die Einrichtung eines solchen Studienganges erfordert die Berücksichtigung unterschiedlichster Zuständigkeiten, Interessenslagen und Anpassungsprozesse.

In Hannover werden noch Verhandlungen auf hochschulinterner Ebene geführt. In Hessen wurde zu dieser Thematik eine Arbeitsgruppe gegründet. Sie setzt sich aus Vertretern des Hessischen Kultusministeriums, der Hochschule RheinMain (Standort Geisenheim), der TU Darmstadt, des BGL und des Fachverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaues Hessen-Thüringen zusammen. Die Gespräche sind nach anfänglichen Schwierigkeiten in Gang gekommen, werden in regelmäßigen Abständen fortgeführt und führten bisher zu dem Ergebnis, dass ein entsprechendes Modellprojekt möglicherweise bereits im Sommersemester 2013 gestartet werden kann.

Master of Education auch für Meister und Techniker erreichbar

Die Hochschulkonferenz Landschaft appelliert einerseits an alle Hochschulen im Bereich Landschaftsarchitektur/Landschaftsbau, Lehramtsstudiengänge für landschaftsgärtnerische Berufs- und Fachschullehrer einzurichten und den Master of Education (M. Ed.), auch in Kooperation mit anderen Hochschulen, anzubieten. Andererseits wird an alle Studienbewerber appelliert, neben den fachlichen Studiengängen auch den hochschulischen Weg zum Lehrer im Garten- und Landschaftsbau zu berücksichtigen.

Auch für Meister und Techniker im GaLaBau kann der Weg zum Lehramtsstudium interessant sein. Wird ein Hochschulstudium angestrebt, so werden diesem Personenkreis gegebenenfalls individuell bestimmte Studieninhalte anerkannt und dadurch der Weg zum Bachelor-Abschluss verkürzt. Der anschließende konsekutive Master-Studiengang vermittelt dann in der Regel die pädagogisch-didaktischen Inhalte sowie das geforderte Zweifach. Mit dem abschließenden M. Ed. ist der Zugang zu einer Berufs- oder Fachschule problemlos möglich. Abhängig von den bildungsfördernden Vorschriften der Bundesländer ist sogar ein Quereinstieg als Bachelor in die Berufsschule möglich. Hierzu müssen jedoch die einzelnen Kultusbehörden, Oberschulämter oder sonstigen zuständigen Institutionen der Bundesländer im Einzelnen befragt werden.

*Detlev Tönnies,
AuGaLa, Bad Honnef*

*Roger Baumeister,
FGL Hessen-Thüringen, Wiesbaden*

Persönliches

Die Redaktion bittet die Mitglieder, deren Namen nicht bei den Geburtstagen genannt werden sollen, dieses in der Geschäftsstelle des BLVN anzumelden (Kontaktdaten: siehe Impressum).

Wir gratulieren

Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum	Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum
60 Jahre				Prophet Jörg Wolfsburg 22.03.1930			
Fischer	Horst-Joachim	Osnabrück-Melle	03.01.1953	Hempel	Lisa	Wildeshausen	24.03.1930
Voss	Werner	Osnabrück-Brinkstr.	06.01.1953	Mencke	Rudolf	Braunschweig II	28.03.1930
Michalski	Regina	Hildesheim	11.01.1953	84 Jahre			
Meinking	Rolf	Nienburg	17.01.1953	Dziemba	Herbert	Stadthagen	02.01.1929
Jans	Hermann	Papenburg G	26.01.1953	Huser	Maria	Bersenbrück	08.03.1929
Telkmann	Bernhilde	Papenburg A	10.02.1953	85 Jahre			
Schmidt	Hans-Günter	Hildesheim	11.02.1953	Bühler	Walter	Leer	01.02.1928
Scheel	Horst	Leer	13.02.1953	Pellens	Elisabeth	Hameln	06.03.1928
Sägemüller	Fred	Wilhelmshaven	17.02.1953	Südmersen	Karl-Heinz	Neustadt G	13.03.1928
Westerkamp	Hermann	Bersenbrück	28.02.1953	Richter	Erika	Hildesheim	24.03.1928
Janßen	Hans-Ludwig	Wittmund	04.03.1953	Sauer	Gerhard	Hannover 2	26.03.1928
Büsing	Theodor	Cuxhaven	06.03.1953	86 Jahre			
Hessen	Hildegard	Bremervörde	07.03.1953	Katenkamp	Lore	Oldenburg	22.01.1927
Schwoy	Ingrid	Buchholz	14.03.1953	Dietmar	Weritz	P Stade	29.01.1927
65 Jahre				Mevenkamp	Wilhelm	Meppen	30.01.1927
Meinert	Peter	Salzgitter	01.01.1948	Spille	Rolf	Delmenhorst	04.02.1927
Hartmann	Wolfgang	Hameln	31.01.1948	Knorre	Felicitas	Lüneburg	27.02.1927
Kandora	Paul	Wolfenbüttel	05.02.1948	Tschiedert	Margund	Springe	27.03.1927
Schwerdtfeger	Friedrich	Hildesheim	11.02.1948	Scholz	Klaus	P Osnabrück	27.03.1927
Welp	Udo	Verden	13.02.1948	Awiszus	Martin	Braunschweig II	31.03.1927
Alpheis	Heinrich	Northeim	17.02.1948	87 Jahre			
Koch	Günther	Osterode	22.02.1948	Müller	Kaspar	P Osnabrück	08.02.1926
Rittmeister	Friedrich-Wilhelm	Einzelmitglied	23.02.1948	Hillmar	Hans-Werner	Soltau	02.03.1926
Duensing-Knopf	Barbara	Nienburg	04.03.1948	Gräper	Erich	Walsrode	26.03.1926
Kroiß	Rüdiger	Bremervörde	06.03.1948	88 Jahre			
Pietsch	Peter	Rinteln	11.03.1948	Bertermann	Günter	P Osnabrück	18.01.1925
Aschenbrandt	Helmut	Göttingen	13.03.1948	Brasch	Horst	Ammerland	16.02.1925
Peters	Erich	Aurich	15.03.1948	Bormann	Erich	Goslar	19.02.1925
70 Jahre				Buerig	Horst	Braunschweig II	04.03.1925
Ludz	Gernot	Hameln	09.01.1943	Hardekopf	Werner	Hannover 3	04.03.1925
Lohse	Eckhard	Braunschweig II	09.01.1943	Bitter	Otto	P Braunschweig	24.03.1925
Wildung	Gertrud	P Lüneburg	22.01.1943	89 Jahre			
Coldehöff	Josef	Bersenbrück	08.02.1943	Pallapies	Hartmut	P Osnabrück	23.01.1924
Rieken	Egon	Meppen	28.02.1943	Heydenreich	Gabriele	P Braunschweig	01.02.1924
Schoen	Daphne	P Lüneburg	07.03.1943	Timmler	Ilse	Lüneburg	03.02.1924 Müller
Voigt	Hildebrand	Gifhorn	18.03.1943	Hans	Braunschweig II	17.02.1924	
Bucksch	Ulf	P Lüneburg	25.03.1943	Behrens	Gertrud	Wildeshausen	04.03.1924
75 Jahre				Brunken	Günther	Peine	25.03.1924
Schroeder	Rüdiger	Soltau	08.01.1938	90 Jahre			
Köhler	Erdmüte	Osnabrück-Haste	08.02.1938	Krysewski	Kurt	P Braunschweig	26.01.1923
Heinrich	Dieter	Wittmund	13.02.1938	Rasch	Oswald	Holzminde	23.03.1923
Steg	Friedrich	Jever	19.02.1938	91 Jahre			
Ladwig	Jürgen	Stadthagen	21.02.1938	Gille	Heinrich	P Lüneburg	07.03.1922
Drews	Gerhard	Osterholz-Scharmbeck	01.03.1938	Bruns	Helmut	Lüneburg	15.03.1922
Woldert	Uta	Hameln	05.03.1938	92 Jahre			
Schmidt	Udo	Wesermarsch	10.03.1938	Nieswand	Ursula	Hildesheim	03.02.1921
Jansen	Horst	Hannover ME	22.03.1938	93 Jahre			
80 Jahre				Gaebler	Ursula	P Braunschweig	04.01.1920
Lindel	Franz	Salzgitter	06.01.1933	94 Jahre			
Schmidt	Hannelore	Hannover 21	10.01.1933	Janßen	Karl	P Osnabrück	15.02.1919
Möller-Lührmann	Agnes	Bersenbrück	11.01.1933	Heumann	Hans-Joachim	P Hannover	20.03.1919
Patzke	Werner	Hannover ME	29.01.1933	96 Jahre			
Decker	Willi	Hannover 3	24.02.1933	Koeltz	Sabine	Salzgitter	15.03.1917
Gause	Helmut	Göttingen	27.02.1933	97 Jahre			
Müller-Dormann	Gisela	Wolfsburg	11.03.1933	Kuhnigk	Hildegard	Cloppenburg A	12.01.1916
Übermöhle	Heinz	Papenburg G	20.03.1933	98 Jahre			
81 Jahre				Höhne	Fritz	P Stade	06.01.1915
Veuskens	Wilhelm	Lingen	17.01.1932				
Sodt	Erich	Holzminde	23.03.1932				
82 Jahre							
Lungershausen	Margret	Nordhorn A	18.01.1931				
Frenzel	Günter	Emden	30.01.1931				
Tyedmers	Marga	Ammerland	05.02.1931				
Janssen	Oltmann	Syke	10.03.1931				
Sachau	Ilse	Cadenberge	11.03.1931				
83 Jahre							
Urban	Franz	P Osnabrück	09.01.1930				
Wacker	Justus	Lüneburg	11.02.1930				

Wir gedenken

Geburtsdatum	Verstorben	Nachname	Vorname	Bezirk	Ortsverband	Titel
26.10.1967	03.07.2012	Geerken	Dietmar	Oldenburg	Delmenhorst	L.F.F.
10.02.1919	31.07.2012	Hillebrand	Klaus	Oldenburg	Varel	ÖStD a. D.
05.04.1928	06.10.2012	Heine	Carl	Hannover-Süd	Stadthagen	L.F.F. i.A.a.D.
17.03.1910	19.10.2012	Baur	Ilse	Hannover-Süd	Rinteln	StR'in a. D.
13.11.1923	10.11.2012	Brandt	Helmut	Oldenburg	Wesermarsch	StD a. D.
22.09.1929	16.11.2012	Siemer kl.	Clemens	Oldenburg	Cloppenburg A	P
17.08.1968	03.12.2012	Kaske	Petra	Hannover	Hannover JVL	StR'in
20.04.1940	06.12.2012	Zeuner	Hans Peter	Braunschweig	Wolfsburg	ÖStR a. D.
14.11.1919	08.12.2012	Meckelburg	Hedwig	Hannover	P Hannover	L'in a. D.

Die Fachstellen werden geleitet von:



Die IQ-Fachstellen „Anerkennung“ und „Qualifizierung“ sind im Bundesprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ verortet. Zuständig ist das Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) in Nürnberg. Aufgabenschwerpunkte der Fachstellen sind die Professionalisierung und Vernetzung der Akteure in den Handlungsfeldern sowie die Identifizierung von Forschungs- und Entwicklungsbedarf.

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ zielt auf die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund ab. Daran arbeiten bundesweit Regionale Netzwerke, die von Fachstellen zu migrationspezifischen Schwerpunktthemen unterstützt werden. Das Programm wird gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Bundesagentur für Arbeit.

Kontakt:

Ariane Baderschneider
Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb)
Obere Turnstraße 8
90429 Nürnberg

Tel.: +49 (0)911/27779-40
E-Mail: baderschneider.ariane@f-bb.de

www.fachstelle-erkennung.de
www.fachstelle-qualifizierung.de
www.netzwerk-iq.de

Das Netzwerk IQ wird gefördert durch:



Foto: shutterstock

Fachtagung

Arbeitsmarktintegration fördern,
Fachkräfte sichern – Berufliche Anerkennung
ausländischer Qualifikationen

Donnerstag, 31. Januar 2013, Berlin

Tagungsort

Adresse

dbb forum berlin
Friedrichstraße 169/170
10117 Berlin

Lageplan



www.fachstelle-erkennung.de
www.fachstelle-qualifizierung.de
www.netzwerk-iq.de